

Holzarbeiter = Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3539.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Gimsbittel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 30 $\frac{1}{2}$,
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$,
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

Chemnitz. (Telegramm.) Die von der Tischlerinnung gemachten Zugeständnisse wurden nur von einigen Meistern eingeführt. Deshalb Streik beschlossen. Zugang von Tischlern ist fern zu halten.

- Zugang ist fern zu halten von:
- Drechsler und Schirmarbeitern nach Berlin (R. Wolf, Fehrbellnerstr. 14), Eilenburg (Karl Rosenberger), Helmstedt (Saalfeldt);
 - Drechsler und Bleistiftarbeitern nach Nürnberg (Kurz'sche Bleistiftfabrik);
 - Bau- und Möbeltischlern nach Bielefeld, Dortmund (Born & Hoening), Hilbesheim, Burg, Clausthal, Zellerfeld, Bernburg, Chemnitz und Umgegenb, Nürnberg (Bau- und Möbelfabrik von Moser, Fürtherstraße), Bayreuth (Gaus Holl);
 - Tischlern nach Wilsdruff, Landsberg a. d. W. (Firma Lewinsohn Söhne), Offenbach a. M., Neustadt an der Saar, Lüneburg, Berlin (Möbeltischlerei von J. G. Glöckler, Krautstr. 52, Sigmöbelfabrik von Stehmann, Reichenbergerstr. 142, und Bautischlerei von W. Richter, Döppstr. 4), Aschersleben, Birnmasens, Schwabach, Leterow, Buxtehude, Großschönau, Stuttgart, Herford (Dreipohl), Bremerhaven, Seestemünde und Behe, Eschwege, Trient;
 - Tischlern und Drechsler nach Mannheim;
 - Tischlern und Bildhauern nach Würzburg (Firma Gebr. Willigheimer), Nürnberg;
 - Möbeltischlern nach Hamburg (Firma Doose), Ottensen (Firmen Klein und Hef & Höffel), Düsseldorf (Düsseldorfer Eisenwerk vorm. Senft & Hehe);
 - Stellmachern nach Hannover und München, Halle an der Saale (Linder'sche Wagenfabrik), Stuttgart;
 - Stockerarbeitern nach Berlin (Gebrüder Noa) und (Stockerfabrik von Gembich, Alexandrinenstr. 22);
 - Schreiner, Drechsler, Bildhauer, Polier und Politurarbeiter nach Fürth (Sommer und Leonhardt), Frankfurt a. d. O. (Hugo Schüler);
 - Fürsten- und Pinselemachern nach Mörtern bei Magdeh.;
 - Kistenmachern nach Berlin (Franke & Thurow, Pfingststr. 7, Fehle);
 - Korbmachern nach Dresden (Schurig), Malmö (Schweden).

Kapitalproben.

I.

Bekanntlich haben vor Kurzem die in Arbeiterfreundlichkeit machenden liberalen Abgeordneten Röske, Pachnide und Genossen einen Gesetzesentwurf im Reichstage eingebracht, wonach die Gemeinden seitens der Landeszentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung kommunaler Arbeitsnachweise angehalten werden können; diese Arbeitsnachweise sollen sog. paritätische oder unparteiische sein, d. h. an der Verwaltung derselben sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen teilnehmen. Man will auf diese Weise die Arbeitsvermittlung dem Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entziehen und sie lediglich dem Zwecke dienstbar machen, wozu sie ihrer Natur nach bestimmt ist.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die bisher für ihren eigenen Arbeitsnachweis eintraten, nähern sich allmählich dem Gedanken des neutralen Arbeitsnachweises und sind bereit, unter gewissen Bedingungen mit den Unternehmern in dieser Frage gemeinschaftlich zu arbeiten. Anders stellen sich die Kapitalisten in dieser Hinsicht, indem sie nach wie vor darauf beharren, lediglich ihren eigenen Arbeitsnachweis benutzen zu wollen. Die Arbeitsnachweiskonferenz, die im vorigen Jahre von den Unternehmern in Leipzig abgehalten wurde, hat dies klipp und klar erklärt. Der Generalsekretär des berüchtigten Hamburger Arbeitgeberverbandes, Dr. Martens, referierte über den „Arbeitsnachweis“ und führte aus, daß die von verschiedenen Seiten beabsichtigten sogenannten unparteiischen Arbeitsnachweise

ein Unding seien und die Möglichkeit in sich trügen, den Arbeitgeber in seinen Fundamentalrechten zu kürzen. „Diese Arbeitsnachweise erstreben völlige Unparteilichkeit in der Arbeitsvermittlung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Ja, meine Herren, Ihnen, den Männern der Praxis wird es klar sein, daß für den im wirtschaftlichen Kampfe Stehenden eine völlige Unparteilichkeit bald zur Unmöglichkeit wird.“ Ein anderer Redner bezeichnete die kommunalen Arbeitsnachweise als eine aus Unkenntnis der Sache hervorgehende Humanitätsbuselei und als eine neue Aufsichtsbehörde über die Arbeitgeber, die uns so unangenehm sei, als man schon genug seitens der Fabrikinspektoren zu erdulden habe. Der berühmte Herr Dued, Generalsekretär des Industriellenverbandes von Rheinland und Westfalen und Freund des Herrn Stumm, entblödete sich nicht, seiner Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß er wortwörtlich sprach:

„Ja, meine Herren, die „Gleichberechtigung“ des Arbeiters ist ein Schlagwort, mit dem ein ungeheurer Unfug getrieben wird. (Sehr richtig!) Gleichberechtigt ist der Arbeiter mit dem Arbeitgeber in unserer Politik; vor Gesetz und Recht ist der Arbeiter mit dem Arbeitgeber vollständig gleichbedeutend; gleichberechtigt auf dem Gebiete des sozialen und wirtschaftlichen Lebens ist der Arbeiter nicht und kann es niemals sein. Also auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete weise ich jede Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber vollständig jurid.“

In dem letzten Satze ist der Grundgedanke des Unternehmerstandpunktes mit brutaler Deutlichkeit ausgesprochen: Der Arbeiter ist rechtlich und gesetzlich mit dem Arbeitgeber gleichberechtigt, in der Praxis ist er aber Mensch zweiter Klasse und weiter nichts als moderner Lohnsklave.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, haben die deutschen Kapitalisten gegen die kommunalen Arbeitsnachweise und im Speziellen gegen den Antrag von Röske, Pachnide und Genossen einen Felzug eröffnet. Als Erster auf dem Plane ist der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der 20 Bezirksverbände und 32 Einzelmitglieder mit zusammen 202 000 Arbeitern umfaßt, erschienen. Er hat eine Eingabe an den Staatssekretär des Innern, Grafen Posadowsky, gerichtet, worin er die Regierung ersucht, dem erwähnten Antrage, betreffend den Arbeitsnachweis, keine Folge zu geben. „Unsere seit einer Reihe von Jahren gepflegte Hauptaufgabe“, so wird ausgeführt, „besteht darin, Arbeitsnachweiskeitellen zu begründen und zu unterhalten, deren Benutzung für die Arbeiter durchaus kostenlos ist. Soweit gelernte Arbeiter in Betracht kommen, halten wir einen unparteiischen Arbeitsnachweis nicht für angebracht, denn der von der staatlichen Institution des allgemeinen Wahlrechts beherrschte Zug der Zeit führt augenscheinlich im Allgemeinen, wie in dem hier in Rede stehenden besonderen Falle, zu einer unverhältnismäßig weitgehenden, andere berechnigte Interessen verletzenden, bevorzugenden Berücksichtigung der Arbeiter.“ Wir notiren den Hieb auf das allgemeine Wahlrecht und bemerken nur, daß ein Beweis für eine „bevorzugende Berücksichtigung der Arbeiter“ bei paritätischen Arbeitsnachweisen weder in der Eingabe erbracht wird, noch irgendwo bisher erbracht worden ist. Von derselben Güte ist die Behauptung, daß durch die Parität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei den Gewergerichten „die Rechtsprechung in manchen Fällen recht zweifelhaft geworden ist“. Auch Herr v. Stumm hat dies wiederholt im Reichstage behauptet, während die kompetenten Personen das Gegenteil mehrmals ausdrücklich feststellten. Die Eingabe meint weiter, die unparteiischen Arbeitsnachweise seien schon deshalb unbrauchbar, weil sie ohne Ansehen der Person die

Arbeitsuchenden der Reihe nach den Arbeitgebern zuweisen, wodurch diese auch untaugliche Kräfte erhalten. Nun, es mag schon vorkommen, daß bisweilen durch die Vermittlung solcher Arbeitsnachweise Arbeiter in Stellen eintreten, für die sie sich nicht eignen. Aber ist das ein großes Unglück? Gewiß nicht! Die Tauglichkeit oder die Untauglichkeit eines Arbeiters stellt sich halb heraus, worauf er eventuell wieder entlassen werden kann, und im Allgemeinen wird es nur von dem Verhalten der Arbeitgeber abhängen, einen Stamm tüchtiger Arbeiter sich bauern zu erhalten. Es giebt eben keine Institution, die ganz vollkommen wäre, und auch die Arbeitgebernachweise werden vor Mißgriffen in der Wahl der Arbeiter niemals geschützt sein.

Nun, in diesen Mißgriffen liegt auch garnicht der Grund, weshalb die Herren gegen die unparteiischen Arbeitsnachweise ankämpfen. Der wahre Grund liegt darin, daß sie in den Arbeitsnachweisen ein Mittel erblicken, die „unbotmäßigen“ Arbeiter zu belohnen und maßregeln zu können. Auf dem erwähnten Kongress referierte ein Hauptmann a. D. Kessel — postausend, weld' ein Sachverständiger! — über die Aufgaben eines „guten“ Arbeitsnachweises, und bezeichnete es als eine der wichtigsten Aufgaben desselben, die Werkstätten vor der Einstellung von schlechten und untauglichen Elementen zu schützen. Zu diesem Zweck müßten die betreffenden Beamten in der Lage sein, sich eingehend über Vorleben, Fähigkeiten und Leistungen der Arbeitsuchenden, sowie über ihren Charakter zu orientiren. Mit anderen Worten: es muß ein systematisches Spitzelsystem eingerichtet werden. Diese Forderung entspricht ganz genau einem Ausspruch Stumms, daß die Industrie mit dem Grundsatze brechen müsse, sich um das Privatleben der Arbeiter außerhalb der Werkstätte nicht zu kümmern. Stumm selbst, als „Vater und Patriarch“ seiner Arbeiter, kümmert sich bekanntlich um Alles, was diese treiben, wo sie ihr Bier trinken, welche Zeitung sie lesen, wann sie heirathen dürfen usw.; er würde sich aber schönens bedanken, wenn seine Arbeiter sich um sein Privatleben kümmern wollten. Das wäre ja eine ebenso große „Unverschämtheit und Anmaßung“, wie sie jenes Dienstmädchen beging, welches auf die Frage ihrer neuen Hausfrau nach Zeugnissen antwortete: „Bitte, Madame, bringen Sie mir doch Zeugnisse, woraus ich sehe, wie Sie sich gegen Ihre früheren Dienstmädchen benommen haben!“

Dieses Herumschnüffeln in den privaten Verhältnissen eines Arbeiters und der Versuch, ihn wie ein Kind am Gängelbände zu führen, kann garnicht scharf genug zurückgewiesen werden. Ebenso verwerflich ist das Bestreben des Unternehmertums, außer der zur Uebernahme der zur betreffenden Arbeit nothwendigen Qualifikation noch einen anderen Maßstab an den Arbeitsuchenden legen zu wollen.

Zu dem erwähnten Referate verlangte der Herr Hauptmann vor allen Dingen die strengste Durchführung der Regel, daß nur solchen sich Meldenden überhaupt der Eintritt in die Nachweiskeitelle gestattet sein soll, die im Laufe der letzten sechs Monate mehr gearbeitet als gefeiert haben! Die Glücklichen aber, denen man den Zutritt in die geheiligten Räume gestattet, sollen vor einem nicht ganz tafelfreien Lebenswandel durch ein fein ausgedachtes Strafsystem behütet werden, das sich in folgender Weise steigert: Belehrung, Verwarnung, Verbot des Betretens der Nachweiskeitelle und endlich Ausschluß des Betreffenden aus den zum Verbande gehörigen Werkstätten auf Zeit. Die letztere Strafe soll jedoch nur durch die höchste Instanz, den Vorstand des Vereins, verhängt werden können. Das sind aber nur Strafen für gewöhnliche Vergehen, z. B. Nicht-

antreten einer übernommenen Arbeit, unbotmäßiges Benehmen usw. Doch auch die sogenannten Jugobgel, d. h. die — namentlich jüngeren — Arbeiter, die sehr häufig, um etwas zu lernen, die Stellen wechseln, sollen unter diese Kategorie fallen. Eine solche Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter wurde u. A. auch von Ingenieur Kraus aus Augsburg empfohlen, der sich bitter darüber beschwerte, daß durch die vielen Ausweisungen in Berlin die provinziellen Kammerherden mit sozialistischem Gift infiziert würden.

Aber was sind all' diese Strafen gegenüber der ewigen Verbannung der „Aufwiegler und Heger“ aus den Werkstätten. Diese Leute will man für immer unmöglich machen. Die an einem Streik beteiligten Arbeiter sollen natürlich während des Streiks nirgends in Arbeit genommen werden, damit sie erkennen, daß jeder Streik, d. h. jedes gleichzeitige Niederlegen der Arbeit eine Nötigung und als Ausnutzung seiner Zwangslage bestraft wird. Hier wird das den Arbeitern gewährleistete Recht auf Arbeitsniederlegung als „Nötigung“ hingestellt. Merkwürdig klingt es auch, wenn der Herr Hauptmann a. D. das gleichzeitige Niederlegen der Arbeit als straffschärfend betrachtet. Hat der Herr als früherer Militär keine Ahnung von Disziplin? Sollen die Arbeiter eines Betriebes vielleicht Einer nach dem Anderen, in bestimmten Zwischenräumen die Arbeit niederlegen? Das wäre gerade so, als wenn die früheren Untergebenen des Herrn Hauptmanns bei dem Kommando: „Gebt Feuer!“ Einer nach dem Anderen, je nach Belieben, sein Gewehr losknallen wollten.

Besonders richtet der Referent seinen Haß gegen die bei einem Streik aktiv hervorkehrenden Personen. „Diejenigen Arbeiter“, so fährt er aus, „sind mit längeren Sperren zu belegen, welche sich zum sogenannten Streikpostenstehen oder gar zu wörtlichen oder thätlichen Angriffen gegen ihre arbeitswilligen Kollegen hergeben. Agitatoren sind, sofern sie durch ihre Thätigkeit innerhalb oder außerhalb der Werkstätten als solche erkannt werden, grundsätzlich und dauernd zu sperren. Eine Besserung solcher gewerksmäßiger Heger erscheint wohl ausgeschlossen, deshalb müssen sie aus dem Arbeiterstande rückwärtslos herausgebrängt werden!“

Also diejenigen Arbeiter, welche innerhalb oder außerhalb der Werkstätten auf ihre Kollegen agitatorisch einwirken, um sie zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu veranlassen, sollen als unverbesserliche Heger für immer und ewig aus dem Arbeiterstande herausgebrückt werden. Mögen diese Leute verhungern oder im Chaußeegrabens verkommen, was kümmert das die Herren Kapitalisten. Im Mittelalter wurden die Heger verbrannt, geschunden und gerädert, heutzutage ist man humaner geworden und übergibt die Heger dem langsamen Hungertode, der trockenen Gullothe. Und dieses brutale Vorgehen auf die Macht des Geldsacks, dieses freche Herausfordern der Arbeiter, dieses unerschämte Angriff auf Gesetz und Recht geht von denselben Leuten aus, die sich die Stützen des Staates nennen und nicht genug über den Terrorismus der Arbeiter jammern können!

Im Grunde genommen könnte uns übrigens der Standpunkt, den die Herren Eisenindustriellen den sogenannten Arbeitsnachweisen gegenüber einnehmen, vollständig gleichgültig sein, wenn nicht in der genannten Eingabe Gedanken ausgesprochen würden, die wir prinzipiell für verkehrt halten und denen wir deshalb mit aller Schärfe entgegenzutreten müssen. Darüber werden wir in einem zweiten Artikel sprechen.

Feindliche Theorien.

Im Allgemeinen steht die sogenannte gebildete Welt — auch wenn wir von den direkt Beteiligten absehen — heute bei uns in Deutschland den gewerkschaftlichen Bestrebungen wenn nicht direkt feindlich, so doch sehr reserviert gegenüber. Das Verhalten dieser Klassen ist wohl zu einem großen Theile veranlaßt durch eine gewisse Richtung in der Nationalökonomie, die bis auf die neueste Zeit in Zeitschriften, Büchern und Versammlungen Theorien propagirte, die nach ihren Begründern klar und unzweifelhaft bewiesen, daß jede Bestrebung der Arbeiter, die Löhne oder die sonstigen Arbeitsbedingungen dauernd zu heben, an dem Wanken des Naturgesetzes scheitern müsse . . . , da sich fortwährend ein Ausgleichsprozeß abspielt, der die Löhne auf das richtige ökonomische Niveau bringt.“

Die wissenschaftliche Basis zu diesen Behauptungen bildet die Lohnfondstheorie. Und wenn auch diese Theorie selbst seit einigen dreißig Jahren von bedeutenden volkswirtschaftlichen Autoritäten widerlegt ist, so gibt es doch noch Schriftsteller und auch Gelehrte genug, die für den bedrohten Profit mit dieser veralteten Lehre über den eingetroffenen Besül-

rungsprinzip Malthusianischer Entdeckungslust in die Bresche springen. Konnten doch im Herbst 1897 der Generalsekretär des Vereins mit dem langen Namen, Ditzes, unter Assistenz des Professors Ehrenberg und Geh. Rath Gierke, auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Köln noch ausführen, daß „der Staat Unrecht thäte, den Gewerkschaften Vorschub zu leisten, da diese das Unglück des Landes seien“.

Wenn nun der ohnehin gegen den „Plebs“ eingenommene Durchschnittsgebildete — sei er nun Arzt, Lehrer, Advokat, Beamter oder Richter — in seiner Zeitschrift gelegentlich zu lesen bekommt, „daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter der Ruin unserer Industrie und auch ganz entbehrlich seien, da ja die Unternehmer im Verein mit dem Staat das Vorsehenmögliche für die Arbeiter thun“, wie der Generalsekretär Hegener einmal meinte, und daß — nach einem englischen Schriftsteller — „nur die krasseste Unwissenheit glauben kann, daß die Löhne durch ein derartiges Vorgehen tatsächlich erhöht werden können, da . . . eine Erhöhung der Löhne nur durch eine Erhöhung des Kapitals erreicht werden kann“, so ist für unsere „Gebildeten“ klar und deutlich hierdurch „wissenschaftlich bewiesen“, daß die Bestrebungen der Arbeiter nach dieser Richtung durchaus verwerflich sind, und man richtet seine Stellungnahme darnach ein. — Worin besteht nun diese Lohnfondstheorie, die hauptsächlich die Vergeblichkeit und Schädlichkeit unserer Bestrebungen darlegt?

Man nimmt an, „daß zu einer gegebenen Zeit ein bestimmtes Quantum materiellen Reichthums bedingungslos für die Bezahlung der Arbeitslöhne reservirt ist. Dieses Quantum . . . wird bei den Untersuchungen als ein Betrag angesehen, der im gegebenen Momente im Voraus bestimmt ist. Man setzt voraus, daß die lohnarbeitende Klasse auf keinen Fall einen größeren Betrag unter sich vertheilen kann. Gerade diesen Betrag und nicht weniger müsse sie erhalten. Und da die zu theilende Summe bestimmt ist, so hängt der Lohn des Einzelnen von der Zahl der Theilnehmer ab“!! Wer bestimmt nun die zu theilende Summe? Das „Naturgesetz“! Worin besteht dieses? Das werden wir nicht gewahr. Ebenso wird uns die Frage, warum die Arbeiter auf keinen Fall einen größeren Betrag unter sich vertheilen können, mit dem Hinweis auf das geheimnißvolle Naturgesetz beantwortet! Es kommt aber noch wider: „In jedem Lande“, sagt ein amerikanischer Nationalökonom, „wird die Arbeitskraft durch einen bestimmten Theil des jeweilig angesammelten Kapitals bezahlt, und zwar kann derselbe weder durch das Eingreifen der Regierung, noch den Einfluß der öffentlichen Meinung, noch die Verbindungen der Arbeiter untereinander vergrößert werden. Ebenso hat jedes Land eine bestimmte Anzahl Arbeiter. Und diese Anzahl kann . . . durch die drei vorgenannten Faktoren ebenfalls nicht verringert werden.“ (Ob das Buch, das diese „wissenschaftlichen“ Hypothesen enthält, auch in Deutschland gelesen wird, wissen wir nicht. In Amerika soll es nach dem Verfasser von „Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine“ einige zwanzig Auflagen erlebt haben und noch immer ein beliebtes Lehrbuch sein!) Also auch die Gesetzgebung kann dem Arbeiter nicht helfen; er ist dem Walten dieses sonderbaren „Naturgesetzes“ bedingungslos überantwortet. Nichts kann ihn dieser furchtbaren Gewalt entziehen. Da müssen wir uns doch dieses eigenartige Naturgesetz etwas näher ansehen.

Was schafft denn nun das Kapital, das zur Bildung des Lohnfonds notwendig ist? Die Verwendung von Arbeitskraft. Und die Rentabilität derselben hängt von den günstigen Umständen ab. Diese günstigen Umstände lassen sich aber durchaus nicht im Voraus bestimmen. Ein glücklicher Börsentrieb vermag die Preise der Rohprodukte gewaltig empor zu schnellen und kann dadurch die Fabrikanten eines bestimmten Industriezweiges gewaltig schädigen, also ihren Profit schmälern und dadurch die Anhäufung von Kapitalien ungünstig beeinflussen; es ist aber durchaus nicht gesagt, daß die von den Börsenjobbern so gewonnenen „Profite“ in irgend einer Industrie angelegt werden müssen. Man wird sogar häufig konstatiren können, daß sie diesem oder jenem Staat zur Unterhaltung seiner Soldaten gänzlich entzogen werden. Oder der eine Staat schließt seine Grenzen gegen die Einfuhr fremder Industrieprodukte: so kann die davon betroffene Industrie eventuell vernichtet, jedenfalls muß sie schwer geschädigt werden. Eine solche Maßnahme muß aber unbedingt auf den Nationalwohlstand des davon betroffenen Landes schädigend zurückwirken. Das ist alles ganz selbstverständlich und es beweist diese selbstverständliche Thatsache, daß es mit einem „bestimmten Theil des jeweilig angesammelten Kapitals“ ebenso faul ist, wie mit der Behauptung, daß „ein jedes Land eine bestimmte An-

zahl Arbeiter“ habe. Es gehört doch kein großer Scharfsinn dazu, um einzusehen, daß bei dem heutigen „freien Spiel der Kräfte“ eine fortwährende Verschiebung der Gesellschaftsschichten stattfindet; daß stetig der Mittelstand in's Proletariat abbröckelt. Und wie verhält es sich nun mit dem Import von Arbeitskräften? Das scheint man ganz zu übersehen. Weiter, wenn z. B. das deutsche Militär um 26 000 Mann vermehrt wird, so werden doch diese zum großen Theil den arbeitenden Klassen entnommen, und somit verringert sich die Zahl „der Arbeiter eines Landes“. Nun soll aber der „vorhandene Fonds“, der, wie wir gesehen haben, nie stabil sein kann, der immer schwankt und fortwährend durch gesteigerte Produktivität vergrößert, durch allerlei Maßnahmen aber gefährdet werden kann, „gleichmäßig“ unter die Arbeiter eines Landes vertheilt werden! Ach, die Erfahrung hat uns gezeigt, daß bei dieser allgemeinen Theilerei, wie sie heute geübt wird, leider die große Anzahl der beschäftigungslosen Arbeiter, die unglücklichen Zugehörigen der industriellen Reservearmee nichts abbekommen.

Ist es aber mit den vorhandenen Lohnfonds und mit der bestimmten Arbeiterzahl nichts, so fällt damit diese Theorie zusammen; denn warum soll dann der Arbeiter keine Möglichkeit haben, seine Arbeitsbedingungen zu bessern, wenn ihm die Gelegenheit günstig erscheint, und so an dem Kapitalgewinn, der doch durch seinen Fleiß erzeugt ist, theilzunehmen. Unsere Gelehrten wissen da aber gleich einen anderen niederstimmernden Einwand: „Wenn die Löhne der Arbeiter in einem Gewerbe ungebührlich (was ist ungebührlich? D. Verf.) herabgesetzt werden“, sagt ein englischer Ökonom, „so werden die Kapitalisten, die dasselbe betreiben, offenbar den ganzen Betrag der Lohnreduktion — außer der gewöhnlichen und gebräuchlichen Profitrate — gewinnen, die von den in anderen Gewerben thätigen Kapitalisten verdient wird. Eine derartige Verschiebenheit könnte aber nicht lange bestehen. Mehr Kapital würde sich sofort der Abtheilung zuwenden, in der die Löhne niedrig und die Profite hoch sind, und seine Besitzer müßten, um Arbeiter zu erhalten, höhere Löhne anbieten. Wenn also die Löhne in einem Zweige der Industrie ungebührlich rebusirt worden sind, so werden sie offenbar ohne Anstrengung der Arbeiter allein durch die Konkurrenz der Kapitalisten ihr gehöriges Niveau wieder erreichen.“

Wenn also die Arbeiter eines Industriezweiges höhere Löhne sich erkämpfen, so wird das Kapital, nach dieser Lehre, sofort herausfließen und sich einer rentableren Industrie zuwenden. Aber hängt denn die Rentabilität einer Industrie nur von der niedrigen Entlohnung ab? Dann müßte doch die deutsche Textilindustrie mit ihren notorischen Jammerlöhnen die allerrentabelste Industrie sein. Wir sehen aber, daß altbewährte Firmen, die einen Weltruf genießen, in der Gegenwart ihre Produktion sehr einschränken oder den Betrieb gänzlich einstellen müssen. Aber selbst wenn das Kapital so allwissend und leicht beweglich wäre, daß es „sofort“ von einer Industrie in die andere fließen wollte, so wären ihm durch die Eigenart der Produktion doch sehr enge Schranken gezogen. Denn wenn der Vorrath an Arbeitskraft, den sich der Kapitalismus in der industriellen Reservearmee geschaffen hat, aufgebraucht wäre, so würde er unmöglich sofort die zum größeren Betriebe notwendigen Arbeitskräfte finden, da man einen Schneider nicht sofort in einen leistungsfähigen Maschinenbauer, oder einen Schlachtergesellen in einen Tischlergesellen umzuwandeln vermag. Also für die qualifizirten Gewerbe trifft diese Beweglichkeit des Kapitals nicht zu. Sie hängt aber auch garnicht von den niedrigen Löhnen ab, wie wir gleich sehen werden.

Naturgemäß wird der Kapitalist bei einer jeden industriellen Anlage zunächst nach der gewährleisteten Sicherheit und dann erst nach dem Profit fragen. Er wird nicht so unklug handeln, sein Stammkapital in Gefahr zu bringen. Aber die Rentabilität eines Industriezweiges hängt viel weniger von der niedrigen Entlohnung ab, als man gewöhnlich annimmt. In qualifizirten Gewerben ist nach unserem Dafürhalten eine niedrige Entlohnung für die Rentabilität direkt schädlich, denn der ausgemergelte kraftlose Arbeiter wird nicht mit dem gutbezahlten Arbeiter, sowohl bezüglich der Güte der Arbeitsleistung als der Menge, Schritt zu halten vermögen. Und aus dieser Thatsache, die man im praktischen Leben auf Schritt und Tritt beobachten kann, liegt wohl ein gut Theil des Erfolges, den die englischen Industriellen gegen diejenigen anderer Länder mit niedrigen Arbeitslöhnen immer noch zu verzeichnen haben. An diesem Beispiel läßt sich aber auch die Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Bestrebung für die Industrien deutlich nachweisen und es erhellt daraus, daß die ganze Theorie vom Lohnfonds, ebenso wie die Akkumulationstheorie, zum Theil direkt widersinnig, zum Theil ganz

mechanisch ist. Fände wirklich ein natürlicher Ausgleich zwischen Profitrate und Arbeitslohn statt, so könnte es nicht kommen, daß in so ausgedehnten Industrien, wie es die chemischen Industrien, die Zuckerindustrie, ein Teil der Textilindustrie usw. sind, so lange Jahrzehnte hindurch bei elendester Entlohnung die enormsten Profite erzielt wurden. Die Erfahrung beweist uns, daß der Kapitalist sehr wohl ganz willkürlich billige Arbeitslöhne zahlt, überall da, wo die Lage des Arbeitsmarktes und das Fehlen eines geschlossenen Widerstandes seitens der Arbeiter ihm dies ermöglicht, daß aber, wo die Gewerkschaften eine geschlossene, disziplinierte Macht entfalten können, es ihnen häufig gelingt, die Arbeitsbedingungen dauernd zu heben. Die augenfällige Tatsache, daß die Organisierten bisher jeden, auch den kleinsten Vorteil dem Arbeitgeberthum in heißem Kampfe abringen konnten, beweist, daß die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander durchaus nicht die Löhne ohne Zutun der Arbeiter steigert und diese Wirkung bei einer so ausgedehnten Reservearmee von Arbeitskräften auch gar nicht haben kann. Das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee wirkt bei unseren Gegnern so beliebte Lohnfondstheorie schon ganz allein über den Haufen.

Damit sind freilich die Gründe unserer Gegner noch lange nicht erschöpft, denn wo die Lohnfondstheorie sie verläßt, rücken sie mit der Akkumulationstheorie und der Bevölkerungstheorie an. Doch davon vielleicht später einmal. Für heute wollen wir mit einem Zitat des Nationalökonom J. S. Mill schließen: „Es giebt kein Naturgesetz, welches es den Löhnen auf Grund ihres Wesens unmöglich macht, so hoch zu steigen, daß sie nicht nur die Fonds, welche der Unternehmer für sein Geschäft, sondern auch den gesammten Betrag aufzehren, den er für seine privaten, über seine Lebensbedürfnisse hinausgehenden Ausgaben bestimmt hatte. . . . Das Lohngesetz läuft also auf den selbstverständlichen Satz hinaus, daß die Unternehmer Gelder, die sie nicht besitzen, nicht als Löhne zahlen können.“ Die Macht der Gewerkschaften kann daher dazu verwendet werden, der Gesamtheit der arbeitenden Klassen einen absolut und relativ größeren Antheil an dem Arbeitsprodukt zu verschaffen.

Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands

nahm am Montag, 8. Mai, in Frankfurt a. M., im Saale des „Pfälzer Hof“ (Wochenheim), seinen Anfang. Vertreten sind 53 gewerkschaftliche Organisationen mit 127 Delegirten. Als Gäste sind Vertreter der dänischen, österreichischen und schweizerischen Gewerkschaften erschienen.

Die Tagesordnung lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien-Hamburg. Berathung der Anträge, betreffend: a) Agitation. b) Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission. Berichterstatter: A. Bringmann-Hamburg. c) Streikunterstützung und Streikstatistik. d) „Correspondenzblatt“.
3. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Referent: C. Legien-Hamburg.
4. Die Gewerbe-Inspektion. Referent: Dr. M. Duard-Frankfurt. a) Bauinspektion. Referent: F. Baplow-Hamburg. b) Bergwerksinspektion. Referent: D. Gué-Essen. c) Hafeninspektion. Referent: F. Döring-Hamburg. d) Inspektion in Hausindustrie und Kleingewerbe. Referent: Frau W. Köhler-Wandsbeck.
5. Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe. Referent: E. Döblin-Berlin.
6. Die Arbeitsvermittlung. Referent: Th. Leipart-Stuttgart; Korreferent: S. Boesch-Berlin.
7. Arbeitersekretariate. Referent: M. Segitz-Mürnberg.
8. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation Deutschlands. Referent: G. Stühmer-Hamburg.
9. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Im Auftrage der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften eröffnet der Vorsitzende der Generalkommission, C. Legien, den Kongreß und heißt die Delegirten willkommen. Er giebt zunächst einen kurzen Rückblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftskonferenzen und -Kongresse. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist ein stetiges Wachsen der Bewegung zu konstatiren, sie hat heute einen höheren Stand als jemals erreicht. Wenn sie auch nicht ausreicht und allen Wünschen entspricht, so wird sie doch respektirt von den staatlichen Gewalten, wie vom Unternehmertum. Heute giebt es keine trennenden Momente in der Gewerkschaftsbewegung mehr; die Sonderorganisationen spielen so gut wie keine Rolle. Die drohende Zuchtstrafvorlage wird ja auch unsere Verhandlungen beeinflussen, wir werden uns aber in unserer ruhigen, praktischen Arbeit nicht ablenken lassen. Sprengt man schließlich unsere Organisationen, so wird man die Gewerkschaftsbewegung doch nicht beseitigen können; sie wird auch so dem Unternehmertum ein Paroli bieten können. Wir werden vorläufig weiter thun, was wir für recht halten und die Schläge unserer Gegner erwarten. Wir werden dann so gefestigt dastehen, daß wir die Schläge unserer Gegner pariren können. Ich begrüße die Vertreter der ausländischen Gewerkschaften; sie kommen aus Ländern, in denen Vorschläge wie die Zuchtstrafvorlage nicht gemacht worden sind.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Legien-Hamburg und Bömelburg-Hamburg gewählt. Als Schriftführer werden Drey-Hannover, Starde-Dresden, Seger-Leipzig und Müller-Hamburg ernannt. Bömelburg übernimmt für heute die Leitung. Es wird eine aus sieben Personen bestehende Mandats-

prüfungskommission gewählt. Die Verhandlungen des Kongresses werden früh um 8 Uhr beginnen und unter Einrechnung einer einstündigen Mittagspause bis 5 Uhr dauern.

Der Kongreß tritt in die Berathung des Rechenschaftsberichts der Generalkommission ein. Legien-Hamburg führt aus: Die Generalkommission bildet auf eine erfolgreiche Thätigkeit zurück und sie verdankt ihre Erfolge dem Zusammenschluß der Gewerkschaften. Alle Gewerkschaften von nennenswerther Bedeutung sind in der Generalkommission vereinigt. Aus den Quartalsbeiträgen stand der Kommission beinahe die doppelte Einnahme zur Verfügung, wie zur Zeit des letzten Kongresses. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Beitragsquoten auf dem letzten Kongreß fast auf die Hälfte reduziert worden sind. Die Gelder sind theilweise zur Agitation durch Berufs-Organisationen, theilweise zur direkten Agitation durch die Generalkommission selbst (Flugblätter, Redner) verwendet worden. Die Kommission hat bei der Zurechnung von Unterstützungsvorläufen wachen lassen. Die Erfahrungen bei dem gleich nach der Gründung eingegangenen Schlichterverband nöthigten dazu. Organisationen sollen zunächst aus eigener Kraft ihre Existenzberechtigung erweisen. Die wirtschaftliche Konjunktur mit der Agitation in den einzelnen Verbänden und nicht zum wenigsten mit dem Vorgehen unserer Gegner haben tüchtig geholfen. Auch das geheime Rundschreiben des Grafen Bosadowsky hat Wunder gewirkt. Es hat den Glauben an die Arbeiterfürsorge seitens der Regierung zerstört. Denn Graf Bosadowsky hat selbst zugestehen müssen, daß er das Rundschreiben auf Anregung der Baugewerksunternehmer erlassen hat. Die Mitglieder- und Streikstatistiken der Generalkommission haben sich glänzend bewährt, sie sind eine treffliche Waffe für den Koalitionskampf, der uns aufgezungen wird. Hätten sich die Gewerkschaften nur noch besser an dieser Statistik betheiliget, wir würden konstatiren können, daß auf 1000 Streikende nicht drei, sondern nur zwei kommen, die sich eines Vergehens schuldig gemacht haben. Die Erhebungen über die Verhältnisse der Hausindustrie und des Schwitzsystems konnte die Generalkommission nicht anstellen, das überstieg ihre Kräfte. Dagegen ist die Darstellung der Mißstände im Baugewerbe selbst vom Bundesrathstisch aus anerkannt worden. Weiter sind Erhebungen über die Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe veranstaltet worden, die aber auch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. Als Darlehen sind im Ganzen M. 17 660 an einzelne Zentralverbände gewährt worden. Die Aufsichtsbehörde der Generalkommission, der Gewerkschaftsausschuß, hat die Verantwortung für diese Darlehen nicht übernehmen wollen, und der Kongreß hat zu entscheiden. Wir hoffen, daß der Kongreß den Beschlüssen der Generalkommission beitreten wird, ein Beschluß, der ja auch von dem Gewerkschaftsausschuß dem Kongreß empfohlen wird. Die Generalkommission legt ihr Mandat in die Hände ihrer Auftraggeber zurück in dem Bewußtsein, daß sie nicht ganz umsonst gearbeitet hat. (Beifall.)

Die Redaktoren beantragen Decharge für den Kassirer, die auch erfolgt.

An den Bericht schließt sich eine lebhafte Debatte, die in der Nachmittags Sitzung fortgesetzt wird.

S u e b e r-Wien begrüßt Namens der österreichischen Gewerkschaften die Delegirten und dankt ihnen für die Unterstützung in haarem Gelde, die der österreichischen Bewegung von der deutschen zu Theil geworden sind (M. 600). Er sei bestrebt gewesen, mit der italienischen Organisation in Fühlung zu kommen; zuerst habe er mit Turati verhandelt. Es sei eine Organisation zur Auffklärung der auf den Sklavenmärkten verkauften italienischen Lohnbrüder fertig gewesen, als die Mailänder Unruhen diese Rechnung wieder über den Haufen geworfen hätten. In Trient sei jetzt ein von österreichischen und deutschen Arbeitern bezahlter Genosse angestellt, der die durchziehenden Arbeiter aufzuklären und schon manchen Erfolg zu verzeichnen habe. In Oesterreich reibe der Nationalitätenkampf die Kräfte auf, wenn sich auch schließlich das Prinzip durchgerungen habe, daß es in der Gewerkschaftsbewegung nur Zentralisation giebt ohne Unterschieb der Nationalität. In Oesterreich giebt es 150 000 organisirte Arbeiter und trotz der geringen Zahl stellen sie eine Macht dar.

Der Generalkommission wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Das Weiterbestehen der Generalkommission wird ebenfalls einstimmig beschlossen. Der Gewerkschaftsausschuß soll weiter bestehen bleiben. Die Generalkommission soll künftig aus sieben Mitgliedern bestehen und auch weiter das Recht haben, Vertreter auf die Generalversammlungen der Einzelverbände zu senden. Die Beitragssätze, auch die von vor dem 1. Juli 1896, werden nicht gestrichen. Die im Rückstande befindlichen Organisationen werden verpflichtet, ihre Reste binnen drei Jahren zu bezahlen. Die im Jahre 1889 von der Generalkommission kontrahirten Schulden in Höhe von M. 15 220 sollen nunmehr zurückgezahlt werden.

Um alle auf die Generalkommission bezüglichen Anträge zu einer Resolution zusammenzufassen, wird eine Kommission von sieben Mitgliedern zu wählen beschlossen.

Für die Mandatsprüfungskommission erstattet Dupont-Berlin Bericht. Es sind 127 Delegirte anwesend, die 498 638 Mitglieder vertreten. Größerer Beitragssatz wegen will die Kommission die Mandate der Zigarrenfortirer und Tabakarbeiter nicht anerkennen. Die Kommission hat ferner auch das Mandat des Vertreters der „Gewerkschaft der Buchdrucker mit 4 gegen 3 Stimmen nicht anerkannt.

Die Mandate der Bergarbeiter, Steinarbeiter, die wegen kleiner Formfehler zweifelhaft waren, sowie diejenigen der Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer werden zunächst für gültig erklärt.

Ueber die Zulassung des Mandats der Buchdrucker-Gewerkschaft wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Die große Majorität, 96 Delegirte für 347 030 Mitglieder gegen 26 Delegirte für 116 323 Mitglieder, erklärt sich gegen die Zulassung.

Am zweiten Verhandlungstage werden die Anträge berathen, die die Agitation, die Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission, die Streikunterstützung und Streikstatistik und das „Correspondenzblatt“ betreffen. Die Bildhauerorganisation bekräftigt verstärkte Agitation für Arbeitslosenunterstützung. Die Konkurrenz der Redakteure der Gewerkschaftspresse beantragt, die Generalkommission möge eine Zentralkasse schaffen, die der Gewerkschaftspresse Material liefert, damit sie die fortgeschritte Verschlechterung der Arbeiterberufungsbedingungen publizistisch besser als bisher bekämpfen kann. Die Gewerkschaften sollen dadurch namentlich auf die Berufungs-

institutions, z. B. die Krankenkassen, einwirken. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes beantragt eine Erweiterung der Generalkommission. Es soll ein dritter Beamter angestellt werden, der die amtlichen Publikationen des Reiches und der Einzelstaaten oder Gemeinden, welche die Arbeiterinteressen betreffen, bearbeitet und den Gewerkschaften zugänglich machen soll. Außerdem soll für das „Correspondenzblatt“ ein besonderer Redakteur angestellt werden. Dieses selbst soll eine regelmäßige Uebersicht über alle Vorgänge in den deutschen wie auch ausländischen Gewerkschaften enthalten, auch sonst den Inhalt sehr bereichern und Berichte über die Geschäftslage, über die Unternehmungs-Organisationen, über wichtige Prozesse bringen. Alljährlich soll ein Jahresbericht der Generalkommission herausgegeben werden, welcher als Handbuch von allen Agitatoren und Interessenten an der Gewerkschaftsbewegung benutzt werden kann. Im Jahresbericht sollen die jährlichen statistischen Ausweise über die Zahl und Stärke der deutschen Gewerkschaften und deren Einnahmen und Ausgaben weithin der Öffentlichkeit veröffentlicht werden. Die Generalkommission endlich beantragt im Hinblick auf die einseitigen polizeilichen Erhebungen über Streiks, welche gegen die Arbeiter ausgedehnt werden und als Grundlage für ein kriminalrechtliches Vorgehen gegen die Arbeiter benutzt werden, eine bessere Streikstatistik durch die Gewerkschaften. Der Zentralverein der Bildhauer bekräftigt die Herausgabe einer über alle Gewerkschaften Deutschlands ausgedehnten Statistik, die sachmännlicher als bisher bearbeitet wird. Eventuell soll dazu ein Sachverständiger herangezogen werden, wenn die Generalkommission dieser Aufgabe nicht gewachsen sein sollte.

Bringmann-Hamburg bekräftigt den Antrag der Redakteure der Gewerkschaftsblätter. Die Kosten würden etwa 6-7000 Mark betragen, was die Sache werth sei. Ganz grundlos sei die Befürchtung, als wolle der Antrag die Thätigkeit der politischen Partei irgenbwie beeinträchtigen.

S t u r m-München bekräftigt die Herausgabe statistischen Materials, das weniger auf die Bedürfnisse der Gesetzgebung, aber mehr auf die Bedürfnisse der Interessenten an der Gewerkschaftsbewegung abgesehen sei.

Leipart-Stuttgart begründet die Anträge des Holzarbeiterverbandes. Es sei jetzt die Zeit des Ausbaues für die Generalkommission, und seine Anträge zeigten die Richtung des Ausbaues. Die vom Holzarbeiterverband besorgten Wünsche würden sich erfüllen lassen mit den jetzigen Mitteln der Generalkommission. Eine Erhöhung der Beiträge wünsche er nicht. Das „Correspondenzblatt“ solle regelmäßig 16 Seiten stark sein und einen besseren Inhalt als bisher bekommen und nicht nur mit Generalberathungsberichten gefüllt werden. Jetzt sei es nach Feierabend kurzer Hand zusammengestellt worden, damit nur wieder einmal eine Nummer erscheinen konnte. Die Herausgabe des Jahresberichts habe überall Anklang gefunden. (Beifall.)

Legien begründet den Antrag der Generalkommission auf Schaffung einer Streikstatistik.

Nach einer umfangreichen Diskussion folgt die Abstimmung.

Der Kongreß beschließt, die Beiträge an die Generalkommission in der bisherigen Höhe zu belassen.

Alle Anträge, welche eine Mehrausgabe für die Generalkommission oder die Erweiterung der Thätigkeit derselben involviren, werden einer Kommission überwiesen, die einen Kostenschlag dem Kongreß in den nächsten Tagen unterbreiten soll. Der Antrag der Bildhauer auf Verbesserung der Statistik wird angenommen. Der Antrag der Seeleute auf Sammlung des Materials für internationale Beziehungen wird angenommen. Ebenso der Antrag der Generalkommission auf Herausgabe einer Streikstatistik.

Nunmehr wird folgende Resolution zur Berathung gestellt: „Der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erachtet es als eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften, ihren Beamten und Redakteuren ein deren wichtiger und ausbreitender Thätigkeit entsprechendes anständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder nach Zeit noch Umfang abzugrenzen ist. Der Kongreß enthält sich zwar bestimmter Vorschläge, in welcher Höhe oder progressiver Steigerung die Gehaltsfestsetzung sich zu bewegen hat, ist aber der Ueberzeugung, daß die heute den Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehälter zu niedrig bemessen sind. Als vornehmste Pflicht ist aber den Gewerkschaften aufzugeben, ihre nach langen Jahren im direkten Dienste der Organisationen aufgearbeiteten oder inwalid gewordenen Arbeiter vor der äußersten Noth zu schützen, und zwar dergestalt, daß jenen Beamten eine entsprechende Pension gezahlt wird. Der Kongreß verheißt sich die Schwierigkeiten nicht, welche in dieser Frage einer allseitig befriedigenden Lösung entgegenstehen, aber ihre Dringlichkeit bleibt bestehen. Im Prinzip gelten die vorstehenden grundsätzlichen Forderungen auch für die noch in ihrem Verufe thätigen Gewerkschaftsbeamten.“

Reghäuser-Leipzig als Berichterstatter: Die Stellung der Gewerkschaftsbeamten in Bezug auf ihre Bezahlung und Sicherstellung für die Zukunft bedarf unter allen Umständen allgemein kritischer Beachtung der Gewerkschaftsorganisationen. Die wirtschaftliche Lage der Gewerkschaftsbeamten verbessern, heißt gleichzeitig eine innere Erstärkung der Organisationen herbeiführen. Es ist leider heutzutage die Auffassung anzutreffen, als ob die Thätigkeit des Gewerkschaftsbeamten wie die berufliche zu bewerten und darnach zu bezahlsweise. Vor Allem ist darauf hinzuweisen, daß ein Beamter oder Redakteur in allen Stufen des gewerkschaftlichen Lebens steht sein muß, alle Erscheinungen des ökonomischen, gewerblichen und sozialen Lebens verfolgen und so verarbeiten und dabei davon überzeugt sein muß, daß 95 Prozent der Mitglieder glauben, es besser machen zu können, als der Beamte. In Wirklichkeit sind ihm eine Reihe von Pflichten und eine Verantwortung aufgetragen, von denen die Mitglieder im Allgemeinen nicht unterrichtet sind oder unterrichtet werden können. Es ist doch Thatsache, daß neben der allgemeinen Arbeitsleistung dem Beamten Beobachtungen, Studien u. dgl. obliegen, die öffentlich nicht kontrollirbar, über einen großen Theil von Arbeit neben der eigentlichen, kontraktlich übernommenen zur Voraussetzung haben. Wegen aber die für die Stellung der Gewerkschaftsbeamten maßgebenden Verhältnisse schon in den großen Organisationen oftmals schämen genug, so bilden die Verhältnisse, unter denen die Beamten in den kleineren Organisationen zu arbeiten haben, geradezu ein Kapitel aus der Hausindustrie. Hier ist im Interesse beider Theile auf die Schaffung geordneter Zustände zu bringen, hier müssen ständige Beamte angestellt und zunächst auf dieser Basis eine Verbesserung der Ver-

hältnisse zu erreichen versucht werden. Eventuell hat die Generalkommission mit materieller Hilfeleistung einzugreifen. Unter allen Umständen müsse aber für eine Sicherstellung der Beamten Vorseorge getroffen werden, wenn sie im Dienst der Organisation sich aufgearbeitet haben und alt und schwach geworden sind, wie ja bereits einzelne Städte damit vorgehen, ihren Arbeitern Pensionsberechtigung zu verleißen. Für die Gewerkschaften besteht diese Verpflichtung in weit höherem Maße, denn das, was sie für die Allgemeinheit der Arbeiter verlangen, müssen sie zunächst ihren eigenen Arbeitern zu Theil werden lassen. (Beifall.)

Böhmisch-Berlin beantragt, daß die Generalkommission auch vor dem nächsten Gewerkschaftskongress Erhebungen über die Höhe der Beamtengehälter veranstaltet und dem Kongress von dem Ergebnis Mitteilung macht.

Deisinger-Hamburg: Es empfehle sich, einen Verband der Beamten mit einer Versicherungskasse zu gründen.

In der Debatte finden diese Vorschläge fast ausnahmslos Zustimmung. Es wird die Resolution Mehrgauser, der Antrag Böhmisch und ein Antrag Deisinger auf Schaffung einer Beamtenversicherungskasse angenommen. Alle drei Anträge werden einer Redaktionskommission überwiesen, die die Anträge in eine Resolution zusammenfassen soll.

Elm und etwa 100 Delegirte stellen den Antrag: In Anbetracht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, gleichviel in welchem Lande und Gewerbe, für die materielle und geistige Hebung des Arbeiterstandes von der allergrößten Bedeutung ist, beschließt der Kongress über Gewerkschaften Deutschlands, seiner Sympathie für die um Verkürzung ihrer Arbeitszeit kämpfenden Brüder der Textilarbeiter praktischen Ausdruck zu geben, indem er den Gewerkschaften empfiehlt, sofort einen Betrag von 5 1/2 pro Kopf ihrer Mitglieder aus ihrer Kasse für die Streikenden zu bewilligen und den kämpfenden Brüdern in Desterreich durch die Generalkommission zu überweisen.

Elm begründet den Antrag. Die Noth der streikenden Textilarbeiter in Brünn ist groß. Es streiken 12000 Arbeiter mit etwa 50000 Angehörigen. Schnelle Hilfe thut Noth. In Desterreich hat sich Jemand erboten, der zu den deutschen Gewerkschaften solches Vertrauen hat, daß er sich bereit erklärt hat, auf unseren Beschluß hin das Geld sofort in Brünn auszugeben. Die Arbeitgeberorganisationen anderer Berufe wollen ihre Arbeiter hindern, Unterstützung zu zahlen, indem sie in ihren Fabriken nur halbe Schicht arbeiten lassen wollen. Schnelle Hilfe thut also doppelt Noth. Wenn wir hier den Antrag annehmen, so erhalten die Brüner Arbeiter morgen M. 25000. Das ist keine geringe Summe, besonders deshalb, weil das Geld den Streikenden nicht baar ausgezahlt wird, sondern Lebensmittel dafür gekauft werden. Wichtig ist, daß es sich in der Mehrzahl um nichtorganisirte Arbeiter handelt. Aber es wäre falsch, das Dogma aufzustellen: nichtorganisirte Arbeiter dürfen nicht unterstützt werden. Ja, es giebt Fälle, wo es nöthig ist, nichtorganisirte geradezu in einen Streik zu hegen, damit sie sich erst einmal von dem Unterordnungsgesühl frei machen. (Sehr richtig!) Wir haben es beim Hafnarbeiterstreik gesehen, daß solche Arbeiter auch für die Organisation zu gewinnen sind. 95 pzt der Streikenden sind Ufbothen. Sie wissen, wie schwer bei ihnen die Organisation ist. Welkommen die Leute das Geld von uns, so wird das mehr wirken, als alle Agitation. Wir können es den Desterreichern schiden, denn sie haben es uns auch schon praktische Solidarität geübt. Beim Streik handelt es sich um Verkürzung der Arbeitszeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine internationale Frage. Die internationale Solidarität rechtfertigt sich hier doppelt. Ich bitte Sie, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Der Kongress tritt dem Antrag v. Elm ohne Diskussion mit aller gegen 2 Stimmen bei. (Schluß folgt.)

Lohabewegung der Stuttgarter Möbelerbeiter.

Wie schon allgemein bekannt gegeben, wurde am Montag, den 8. Mai, wegen Ablehnung unserer Forderung die Arbeit niedergelegt, und betrifft dieses 20 Möbelfabriken mit 1100 Arbeitern. Im Laufe dieser Woche hatte ein Geschäft mit 12 Gehilfen und ein Geschäft mit 6 Arbeitern unsere Forderungen bewilligt. Man sieht, die Kleinen können es, während sich die Großen sträuben. Daß die Fabrikanten ihre Interessen zu wahren verstehen, beweist, daß dieselben nicht nur bei Kleinmeistern in Stuttgart, sondern auch außerhalb ihre Arbeiten herstellen lassen, um nicht zu kurz zu kommen. An den Möbelerarbeitern hier und auswärts wird es nun liegen, ebenfalls ihre Interessen dadurch zu wahren, daß sie keine Arbeiten für Stuttgarter Möbelfabriken, bei welchen gestreikt wird, machen und somit ihren ausständigen Kollegen kein Hinderniß in den Weg legen. Es ist daher Pflicht eines Jeden, ein wachsameres Auge hierauf zu haben. Die Stimmung der Streikenden ist eine ausgesprochen gute, ebenso die Haltung eine musterhafte, und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Bezug von außen ist kaum zu verspüren.

Am Freitag- und Samstagnachmittag fand je eine Sitzung der Kommission der Fabrikanten und der der Arbeiter statt und wurden die von uns gestellten Forderungen einer eingehenden Verathung unterzogen, wobei sich herausstellte, daß die Fabrikanten den vier Hauptpunkten, wie namentlich Arbeitszeit und 10 pzt. Zuschlag, Minimallohn von M. 21, Lohabereinbarung nach 8 Tagen, Sicherstellung des Affordpreises durch vereinbarten Stundenlohn, sich ablehnend gegenüber verhielten. Von unserer Seite wurde jeder Punkt sachlich und vernünftig, sowie der heutigen Zeit entsprechend begründet, wogegen die Ansichten der Herren, namentlich bei den vier Hauptpunkten, darauf hinausgingen, daß es garnicht möglich sei, diese Forderungen zu bewilligen, wenn nicht ihre Verriebe dadurch schwerer zu leiden hätten, resp. ganz eingestrichelt werden sollten. Wir können selbstverständlich auf derartige Manipulationen kein Gewicht legen, sondern müssen mit dem Zeitgeist rechnen und unsere Interessen ebenso vertreten, wie diese die übrigen. Eine auf Montag, den 15. Mai, anberaumte Versammlung der Ausständigen wird auf die ablehnende Haltung der Fabrikanten betreffs der vier Hauptpunkte die richtige Antwort geben.

Der Schreinerstreik in Mannheim.

Seit dem 22. April befinden sich die Mannheimer Schreiner in Aufruhr und das Ende desselben ist nicht abzusehen, obwohl manche Ansichten auf den baldigen Sieg deuten. Aus früheren Berichten ist bekannt, daß die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit, 50 1/2 pzt. Zuschlag und 25 pzt. Zuschlag für Überstunden und Sonntagarbeit verlangt wird, und daß diese Forderungen in einer Arbeitsordnung enthalten sein sollen, die

in jeder Werkstätte anzuschlagen ist. Daß, was in puncto Arbeitszeit und Lohnhöhe verlangt wird, ist ja in einem großen Theil der Werkstätten bereits vor dem Streik vorhanden gewesen, wenn auch der Minimallohn nicht überall strikte eingehalten wurde, aber daß sie sich durch eine Arbeitsordnung auf diese Bestimmungen binden sollen, geht einer Anzahl von Krautern und besonders der „Schreinermeistervereintung“ wider den Strich.

Man nimmt sonst vielfach an, daß das Prinzip des „Herr im Hause sein“ seine Hauptverbreiter in der Großindustrie hat, und daß die Kleinmeister in der Regel leichter geneigt sind, sich mit den Vertretern der Arbeiter über die Arbeitsbedingungen zu verständigen. Auch die hiesigen Schreiner waren der Meinung gewesen, daß das wiederholte Angebot zu Verhandlungen von den Meistern angenommen würde und dabei ein Resultat erzielt worden wäre, das uns der Nothwendigkeit enthoben hätte, in den Streik einzutreten. Wir haben es hier in der Hauptsache mit einer großen Zahl von Kleinmeistern zu thun, die in der Regel 1 bis 5 Mann beschäftigen. Es giebt am Platze nur drei Möbelfabriken, die durchschnittlich zirka 30 Mann beschäftigen; die größte Schreinerei, mit gegenwärtig zirka 140 Mann, hat die Fabrik landwirthschaftlicher Maschinen von Heinrich Lang, die aber für unsere Bewegung garnicht in Betracht kommt. Auch in den obengenannten Möbelfabriken konnte mit den Unternehmern eine Einigung erzielt werden, der zufolge die Forderungen der Schreiner in die bereits vorhandene Arbeitsordnung aufgenommen wurden.

Von den noch in Betracht kommenden 96 Werkstätten mit 359 Mann, war in 18 Werkstätten mit 168 Mann, die von der Lohnkommission zugeordnete Arbeitsordnung noch vor Ablauf der Kündigungsfrist angeschlagen worden. Als dann am 22. April die Arbeit niedergelegt war, kamen allmählich noch 18 Meister mit 46 Gefellen, welche die Arbeitsordnung aushängten, so daß jetzt am 12. Mai 214 Gefellen zu den neuen Bedingungen arbeiten, während 145 sich im Streik befinden. Beim Beginn des Streiks mußte man leider auch hier die Erfahrung machen, daß man von der Begeisterung in den vorausgegangenen Versammlungen nicht ohne Weiteres auf die Theilnahme am Kampfe schließen darf, denn eine ganze Anzahl Derjenigen, die sich am Kampfe hätten betheiligen müssen, war in den Werkstätten stehen geblieben. Aber Dank dem Eifer und dem mustergültigen Verhalten der Streikenden, ist es gelungen, diese Scharte auszuweihen, so daß augenblicklich, mit wenigen Ausnahmen, die Werkstätten leer sind, in welchen die Arbeitsordnung nicht aushängt. Die Meister geben sich große Mühe, von auswärts Ersatz herbeizuziehen, haben aber wenig Glück damit. Die Wenigen, die sich von ihnen aneln lassen, finden sie nach kurzer Zeit im Lager der Streikenden wieder. Dabei ist die Arbeit (es kommen größtentheils Wauschreiner in Betracht) so bringend, daß die Meister wohl oder übel bald werden kapituliren müssen.

Auffällig ist das Verhalten der Lokalpresse zum Ausstand. Während die „Volksstimme“ recht häufig orientirende Berichte über die Lage des Streiks bringt, schweigt uns die bürgerliche Presse, die sonst über die unbedeutendste Anzeitsdifferenz, wenn sie auswärts passiert, unterrichtet ist, vollständig todt. Eine Ausnahme machte der national-liberale „General-Anzeiger“, der in den ersten Tagen des Streiks einer Einseitigen Raum gab, die einige von der „Volksstimme“ gebrachten Behauptungen angeblich richtig stellen sollte. Dieser Nichtigstellung wurde aber so übel mitgespielt, daß man selbst vergeblich nach einer Notiz über den Schreinerstreik in den Spalten des „General-Anzeigers“ sucht, obwohl dieses Blatt sonst mit Vorliebe die Sache der Unternehmer gegen streikende Arbeiter führt.

Der Kampf dreht sich jetzt in der Hauptsache um die Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigten Faktor bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen. Die hartnäckige Weigerung der Meister, mit uns Verhandlungen zu pflegen, legt uns die Verpflichtung auf, das Hauptgewicht auf diese Frage zu legen, und wie die Verhältnisse liegen, hoffen wir in kurzem unseren Sieg melden zu können.

Rundschau.

Zwei Urtheile über den dritten Gewerkschaftskongress. Die „Frankfurter Zeitung“, ein bürgerlich-demokratisches Organ, schreibt in einem Leitartikel:

„Es ist ein Vergnügen, dem Gewerkschaftstage, der eben in Frankfurt abgehalten wird, beizuwohnen, und wenn die Regierung einen ihrer Räte zu dem Gewerkschaftskongress entsandt hätte, würde wohl auch dieser die Frankfurter Tage nicht zu den uninteressantesten seines Lebens gezählt haben. Man ist es ja leider gewohnt in Deutschland, daß Arbeiterkongresse, auf denen unabhängige, selbstbewußte Arbeiter ihre Angelegenheiten besprechen, von der Regierung offiziell ignorirt werden. Höchstens erscheint dann in der „Berliner Korrespondenz“ ein Entzettel, das die Bedeutung solcher Tagungen herabzusetzen sucht, wie es kürzlich mit dem Hallenser Kongress der Berg- und Hüttenarbeiter geschah. Könnte das nicht endlich anders werden? Wir haben neulich bemerkt, die Regierung sollte wirklich schon einsehen, daß gewisse Akte der Höflichkeit unumgängliche Vorbereitung für eine erprießliche Entwidlung unserer sozialen Zustände sind — Akte der Höflichkeit, wie etwa der, daß ein Vertreter der Regierung den deutschen Gewerkschaftskongress besucht, auf dem ungefähr eine halbe Million deutscher Arbeiter vertreten sind. Solange die Arbeiter nicht sehen, daß die Regierung auch für ihre Kongresse Zeit übrig hat, werden sie nicht den Glauben gewinnen können, daß man für sie etwas Ernstliches thun will. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß mit der Anwesenheit eines Regierungsvertreters etwa auf dem deutschen Gewerkschaftskongress Alles gethan sei. Aber die Zeiläufe haben den deutschen Sozialpolitiker sehr heischender gemacht. Sein Wunsch geht zunächst einmal dahin, daß die Regierung die Leute, über welche sie Geheiß macht, wenigstens kennen lerne, sie von Angesicht zu Angesicht sehe, sie sprechen höre — kurz: ihnen näher trete. Mit welchem inneren Rechte gehen wohl die Geheimräthe an die Ausarbeitung sozialpolitischer Gesetzesentwürfe, wie z. B. eines über das Koalitionsrecht der Arbeiter? Was wissen sie von dem Denken und Fühlen der Arbeiter? Allenfalls das, was in den Blättern steht. Aber das genügt nicht, der persönliche Eindruck ist Alles. Wir sind nun einmal solche Optimisten, daß wir glauben, es würde Rameses besser werden, wenn die Regierung nicht nur mit Herrn v. Stumm Verkehr pflegte, sondern auch mit den berufenen Vertretern der Arbeiter, wie sie auf dem Gewerkschaftskongress vereinigt sind. Dabei sind wir nicht einmal so unbescheiden, zu verlangen, daß die Regierung da auch gleich etwas lerne. Aber nur einmal kommen, sehen und hören — dann wird sich das

Andere schon finden, dann wird man erkennen: das sind keine „Zuchthäuser“.

Der dritte deutsche Gewerkschaftskongress besucht, wird auf das Angenehmste berührt von der Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen geführt werden. Ein Kollegium von Professoren könnte es nicht besser machen. Damit ist nicht gesagt, daß alle Redner Gutes vorbringen, aber auf dem Kongress ist eine erkleckliche Anzahl von Delegirten, von denen Jeder mehr sozialpolitische Bildung besitzt, als gewisse Verbände von Industriellen in ihrer Gesamtheit aufzutreiben in der Lage sind. So Regien, Segitz, Döblin, v. Elm, Mehrgauser, Leipart, Frau Bieg und Andere. Mit Nuße werden die Redner angehört, und wir können versichern, daß es auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik in Köln bisweilen stürmischer zugegangen ist, als auf dem Gewerkschaftstag.

Dem gegenüber lese man folgende Ausführungen der „Einigkeit“ (Einigkeit?), des Organs der Sozialisten und des Herrn Kessler:

„Der Verbänderkongress hat zu Frankfurt a. M. seine Geschäfte am 8. d. M. begonnen, auf die wir vielleicht noch zurückkommen. Herr Regien fühlt sich vollkommen als Herr der Lage. Als erster Akt fand das Hinanzwerfen der Buchdruckerdelegirten statt, die nicht die Tarifgemeinschaft anbieten. Diese armen Teufel glaubten, es würde eine Debatte zugelassen werden über die grundsätzlich wichtige Sache, wie die Tarifgemeinschaft, und verlangten die Bestellung eines auch diese Richtung vertretenden Delegirten.

„Ist nicht!“ wurde ihnen entgegengebronnert. „Hier giebt es nur Ja-Wahschäschen. Hinanz mit den Einheitskörnern!“

Der Volkzei-Schriftsteller der Gewerkschaftsbewegung, Herr Schmöle, befindet sich dort am rechten Platz in der Mitte seiner Freunde. Der bürgerlichen Presse ist die Versammlung der Reform-Sozialdemokraten natürlich ungeheuer angenehm und sie giebt ihren Gefühlen sehr warmen Ausdruck. Noch niemals ist eine Arbeiterversammlung von ihr so gut aufgenommen, sie weiß, was sie hier zu erwarten hat. Der Kongress ist damit gekennzeichnet.

Die „besten Männer“ werden ihm natürlich auch zuzubeln. Der „Vorwärts“ schlägt schon den Tamtam mit aller Trabour. Herauskommen wird für die Arbeiter nichts, für einige Stellenjucher die gewünschten Posten, für die unnütze Generalkommission einige Arbeit, die sie sich schon lange wünscht und die sie nicht wird machen können.

Damit basta! Wir halten es für überflüssig, diesem Geschreibsel auch nur ein einziges Wort hinzuzufügen.

Wohlthätiger Einfluß der Arbeiterorganisationen.

Bei Gelegenheit einer Besprechung des Bergarbeiterstreiks in Belgien macht der Brüsseler Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ folgende Bemerkungen: „Das öffentliche Interesse Europas haben die Kohlenarbeiter des Hennegaus zum ersten Male 1886 auf sich gezogen, als es aus Anlaß eines Streiks zu Gewaltthaten und blutigen Kämpfen kam. Wie in einem Bürgerkriege ging es damals zu. Weiber und Kinder wurden zu Dugenden erschossen. Diese Ereignisse haben einen unergieblichen Eindruck hinterlassen. Bis zu jener Zeit waren diese Tausende von Arbeitern in keiner Weise untereinander verknüpft, das seit Jahrhunderten im deutschen Bergbau bestehende Kassenwesen war ihnen fremd und von der Macht der sachgenossenschaftlichen Organisation wußten sie nichts. Erst später wurden die Arbeiter über ihre Interessen aufgeklärt und über die Mittel und Wege, die ihnen zur Besserung ihrer Lage zur Verfügung stehen. In den letzten zehn Jahren nun hat ihre politisch-wirtschaftliche Bildung große Fortschritte gemacht. Natürlich verlangen sie jetzt eine andere soziale Stellung und unter Umständen mehr Lohn. Zwischen den Direktoren der Bergwerke und den Arbeitern fehlt aber, außer in Mariemont im Centre, wo ein festes Einigungsamt seit längerer Zeit erfolgreich thätig ist, jeder Zusammenhang. Die Direktoren haben niemals Gelegenheit, sich über die Wünsche der Arbeiterchaft zu unterrichten. Dazu sind diese Herren fast durchweg ohne jede sozialpolitische Bildung. Sie huldigen Alle noch vollkommen den feudalen Ideen, wie sie in Deutschland Herr von Stamm vertritt. Aber dieser will wenigstens nicht nur der Lram, sondern auch der Vater seiner Arbeiter sein, und diesen schönen Ehrgeiz haben die Direktoren der belgischen Kohlenwerke nicht. So haben sie denn seit fast zwei Jahren die ihnen schriftlich überreichten Lohnforderungen der Arbeiterchaft unbeantwortet gelassen und die an sie gesandten Abgeordneten vielfach nicht empfangen. Nach ihrer Meinung müssen sich die Arbeiter, welche Lohnhöhung verlangen, zumal wenn sie in corpore aufzutreten, in Fragen, die sie nicht verstehen, in Fragen, welche die Direktoren allein angehen! Es ist zweifellos, daß bei einer moderneren sozialen Auffassung der gegenwärtige Lohnkampf nicht ausgebrochen wäre. Und dann würden sich diese Herren noch, daß sie Sturm ernten, wenn sie Wind säen.“

Folgende beherzigenswerthe Worte lesen wir in der Breslauer „Volkswacht“:

Warum bezahlen so viele Arbeiter jede Woche ihren Beitrag in die Gewerkschaftskasse und weshalb treten sie überhaupt ihren Berufsvereinen bei? Ist das Geld nicht weggeworfen, ist die Zeit und Mühe nicht nutzlos vergeudet, welche die Arbeiter diesen Verbänden widmen?

So wird sich jeder Einzelne fragen, ehe er dem Ruße folgt, ebenfalls dem Verbanne seiner Kollegen beizutreten. — Nun, wer ein wenig Grütze im Kopfe und das Herz auf dem rechten Flecke hat, wird die Antwort schnell finden. Er wird herausfinden, daß sein Beitritt zu dem Verbanne viel nützlicher ist, als die Mitgliedschaft bei irgend einem Turn-, Gesangs- oder anderem Sportverein, ja, daß ihm dieser Beitritt mehr Vortheile bringt, als ihm durch die Zugehörigkeit zu einem Kriegervereine oder evangelischen oder katholischen Arbeiterverein geboten werden können. Denn die Gewerkschaften verfolgen ganz andere Ziele. Sie wollen die Lebensweise des Arbeiters verbessern, sie haben den Zweck, unsere wirtschaftliche Lage auf eine höhere Stufe zu bringen. Der einzige Weg hierzu ist aber: Mehr Lohn und weniger Arbeitszeit! Mehr Geld in denbeutel, damit wir uns menschenwürdig nähren, kleiden und wohnen können; mehr freie Zeit, damit wir auch die Vergnügen, das Glück der Erde mit genießen können.

Das ist leicht gesagt, wird Mancher denken, ob es aber auch durchgeführt werden kann, das ist eine andere Frage! Doch Thaten beweisen! Sehen wir uns nur einige Verbesserungen der letzten Zeit an. Im Frühjahr 1899 erreichten die Breslauer Zimmergesellen eine Erhöhung des Stunden-

Johnes um 8 $\frac{1}{2}$; statt 40 $\frac{1}{2}$ erhalten sie jetzt 48 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Das macht in einer Woche eine Erhöhung des Lohnes um M. 1,80 in einem Arbeitsjahr — bei den Zimmerern 40 Wochen — M. 72. Daneben gewährte man ihnen den zehnstündigen Arbeitstag, wobei ohne Streit. Warum konnten das die Zimmerer erringen? Weil 600 von ihnen treu zusammengehalten haben, allwöchentlich ihren Beitrag in die Verbandskasse bezahlten, der ihnen nun mit Zinsen wiedererstattet werden muß. In einem Jahre haben sie jetzt so viel herausgeschlagen, wie sie in fünf Jahren an Beiträgen geopfert haben. Wie es mit den Zimmerern geschah, so auch mit den 1700 Maurern Breslaus, die freilich ein Jahr früher erst einmal den Unternehmern zeigen mußten, daß sie sich nicht willenlos in ihre schlechte Lage ergeben. Auch die Maurer erhielten 8 $\frac{1}{2}$ Zulage pro Stunde und den zehnstündigen Tag. Allein diese beiden Verufe mit ihren 2700 Arbeitern werden in einem Jahre rund M. 15840 Lohn mehr erhalten, einzig und allein, weil die Meisten von ihnen sich dem Verbands, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, angeschlossen haben. Sollen wir noch mehr Beispiele anführen? Die Bauarbeiter — etwa 1800 an der Zahl — erreichten im Frühjahr 1899 2 $\frac{1}{2}$ Stundenlohnsteigerung, die Steinarbeiter erhielten den achtsündigen Arbeitstag bewilligt, den Böttchern wurde die Zulage gemacht, daß die in den großen Brauereien gebrauchten Fastagen in Zukunft am Orte gefertigt werden sollen.

Und was hier in einigen Fällen innerhalb weniger Wochen bewiesen ist, das kehrt wieder in allen Verufen, an allen Orten, in allen Ländern. Handschuhmacher, Bildhauer, Buchdrucker, Lithographen, also jene Verufe, welche am besten organisiert sind, welche schon am längsten ihre Beiträge bezahlten, haben auch die höchsten Löhne und die niedrigste Arbeitszeit. Was diese Leute an Verbandsbeiträgen gezahlt haben, ist längst wieder herausgeholt durch die bessere Bezahlung, die sie vom Arbeitgeber erhalten! Je später aber die Arbeiter der einzelnen Verufe erkannten, daß sie sich zusammenschließen müssen in Gewerkschaften, um so trauriger ist ihre Lebenslage, und am schlechtesten ist sie dort, wo der Verband noch gar keine Rolle spielt; man denke nur an die Schneider, Barbierer, Fleischer, Bäcker. Sehen wir dasselbe nicht auch an den verschiedenen Städten? In Hamburg, Nürnberg, Berlin, dort, wo jeder denkende Arbeiter seinem Verbands angehört, da wird man noch halbwegs auskömmliche Bezahlung der meisten Arbeiter finden. Ganz anders in Schlesien, Posen, Ostpreußen, Thüringen, überall, wo noch der Glaube herrscht, daß es hinausgeworfenes Geld sei, was an die Verbandskasse zu zahlen ist, da können es die Arbeiter an ihren eigenen Löhnen jeden Sonnabend sehen, wie sie sich gegen sich selbst, gegen ihre Familie verständig haben, als sie dem Verbands fern geblieben.

Dabei ist es die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung nicht allein, was uns die Gewerkschaftsbewegung bringt; mit einer ganzen Reihe von Unterstützungen greifen sie dem Arbeiter in allen Lebenslagen unter die Arme. Hier ist es der junge Wanderer auf der Landstraße, dem die Verbandskasse den wohl erworbenen Obolus auszahlt und ihn so der Sorge überhebt, sich als Fuchtwurmer aus den Häusern werfen zu lassen — dort aber bemühen sich immer mehr Vereine, durch die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit auch dem verheirateten Mitgliede die schwersten Tage des Lebens zu lindern. Ehre dem Arbeiter, der dafür gesorgt hat, daß er bei Arbeitslosigkeit seine Familie nicht hilflos zurückläßt, daß sie der Armenpflege anheimfällt und er obendrein seine staatsbürgerlichen Rechte verliert. Noch manche andere Vorteile verschafft sich der Arbeiter, welcher gegen einen geringen wöchentlichen Beitrag seinem Verbands beiträgt; er wird sich darüber ja in dem besonderen Statut für seinen Beruf unterrichten können.

Nun möge sich Jeder noch einmal überlegen, ob das Geld hinausgeworfen ist, was er für die Verbandskasse zahlt, oder ob es zinstragend angelegt ist! Die Antwort kann jetzt nicht mehr schwer sein. Wo wir hinblicken, schließen sich die Interessentengruppen zusammen, die Landwirthe in ihrem Bund, die Lehrer in ihrem Verein, die Postbeamten in ihrem Verband und nicht zuletzt die Unternehmer in ihren Ringen. Und der Arbeiter, der am schwersten zu tragen hat an der Last des Daseins, er sollte zurückziehen? Er sollte den Zug der Zeit nicht verstehen, sondern verständiglos bei Seite stehen in dem Kampfe um Recht und Brot, den alle Volksschichten führen? Nein, immer weiter muß sich die Erkenntniß Bahn brechen, daß in der Einigkeit, im gemeinsamen Opfern auch der gemeinsame Vortheil am besten gewahrt wird. Darum ergeht auch an jeden Leser dieses Blattes der Ruf: Tritt in den Verband ein und bleibe sein treues Mitglied dein Leben lang!

„Ehrenamtliches“ Arbeiten der Unternehmer. Das Amt des Vorsitzenden einer Berufsgenossenschaft ist ein ehrenamtliches, muß also unentgeltlich ausgeübt werden. Wie steht es aber in Wirklichkeit damit? So erhält der Vorsitzende der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft, ein Herr Bachhaus, jährlich M. 15000, der Vorsitzende Bahn von der Zuckerberufsgenossenschaft M. 12000. Der Vorsitzende Banke von der Tiefbauingenieurgenossenschaft erhält M. 10000, die auf M. 15000 erhöht worden wären, wenn es die Aufsichtsbehörde nicht verboten hätte. Bei der Norddeutschen Baugewerkschaftsgenossenschaft erhalten fünf ehrenamtliche Leute M. 30000. Das nennt man nun „unentgeltliche Ehrenämter!“ Dafür werden aber auch die verunglückten Arbeiter auf den niedrigsten Prozentsatz hinabgedrückt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

In Brunn sind 12000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem ihr Verlangen auf Einführung des zehnstündigen Arbeitstages von den Unternehmern brüskt zurückgewiesen worden war. Daß die Forderung der Arbeiter ebenso beschneiden wie berechtigt und durchführbar ist, wird erwiesen durch die in der Textilbranche in den letzten Jahrzehnten vollzogene technische Entwicklung und durch den Hinweis auf die Arbeitszeit der Branche anderwärts. Die große Zahl der Ausständigen erfordert, um von ihnen nur die größte Noth fernhalten zu können, solch gewaltige Unterstützungssummen, die aufzubringen

weder die Arbeiter eines Berufes, noch die eines Landes vermögen; nur die internationale Solidarität vermag da wirksam zu helfen. Der deutsche Gewerkschaftskongress hat deshalb einmüthig die Unterstützung der streikenden Textilarbeiter Wunschs als eine Ehrenpflicht bezeichnet und, da ja schnelle Hilfe doppelte Hilfe ist, gleichzeitig bestimmt, daß eine jede Gewerkschaft pro Mitglied 5 $\frac{1}{2}$ an Unterstützung zu zahlen habe. Indem wir diesen Beschluß unseren Mitgliedern unterbreiten, müssen wir aber auch gleichzeitig auf die umfangreichen Streiks in unseren eigenen Verufen und die dadurch bedingte überaus starke Inanspruchnahme der Verbandskasse verweisen. Die Durchführung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses läßt sich unter den obwaltenden Umständen nicht anders ermöglichen, als daß die Zahlstellen sofort den auf sie entfallenden Betrag auf irgend eine Art ausbringen und alsbald an die Hauptkasse einsenden, wobei aber die Bestimmung des Geldes ausdrücklich auf dem Postabschnitt zu vermerken ist.

Dann aber mögen die Kollegen allertwärts auch unseres eigenen Streikfonds gedenken. Wollen wir Erfolge erzielen, und dies wünscht doch ein Jeder, so sind dazu auch Opfer erforderlich.

Die Zahlstellenverwaltungen ersuchen wir nun auch noch, die nicht unbedingt am Orte benötigten Verbandsgelder umgehend an die Hauptkasse einzusenden.

Stuttgart, 18. Mai 1899.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Am 9. Mai hat sich der neugewählte Gauvorstand konstituiert. Kollege Raub wurde wiederum zum Vorsteher und Kassirer gewählt. An denselben sind alle Zuschriften und Gelder zu senden. Kollegen! Es ist notwendig, daß wir die vom Gaultag gefassten Beschlüsse auch beherzigen. Die Beiträge müssen wöchentlich eingezogen, die Versammlungen müssen so interessant wie möglich gemacht werden. Der Gauvorstand wird Alles thun, um die Wünsche in Bezug auf technische und wissenschaftliche Vorträge zu erfüllen. Die Zahlstellen müssen es als Pflicht betrachten, uns über alle wichtigen Vorgänge, ganz besonders über Lohnbewegungen, sofort zu unterrichten. Dies ist schon deshalb notwendig, um bei Lohnbewegungen schleunigst energische Maßregeln treffen zu können; auch muß am Schluß des Geschäftsjahres der Jahresbericht ein vollständiger sein. Jede Zahlstelle muß es als ihre Aufgabe betrachten, die Holzarbeiter der Umgegend dem Verbands zuzuführen. Wir müssen auch im neuen Geschäftsjahre agitieren und organisieren. Im Laufe der Woche wird der „Arbeitsvertrag“ verhandelt werden. Sollte eine Zahlstelle denselben nicht erhalten, bitten wir zu reklamieren. Von rebegeordneten Kollegen sollte das in der Broschüre enthaltene Material zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Näheres im Zirkular.

Der Gauvorstand.
G. Raub, Reinsburgstr. 57.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Augsburg. Die Lohnbewegung der hiesigen Schreiner ist bereits zu Ende und zwar zu Gunsten der Gehülften; nur einige Bauwerkschreiner erhielten noch nicht ganz unsere verkürzte Arbeitszeit, da sie bei kleineren Zimmermeistern arbeiten; die größeren lassen ihre Schreiner 68 Stunden arbeiten pro Woche, Lohnsteigerung erhielten Alle. Da auch zirka 25 Maschinen- und Hilfsarbeiter von Seiten der Meister unberücksichtigt blieben, wurden sie zu einer Besprechung eingeladen, dort stellte es sich heraus, daß sie noch mit M. 2,20 bis höchstens M. 3 Tagelohn abgefunden werden, auch werden sehr viele Ueberstunden gemacht ohne den geringsten Zuschlag. Es wurde ihnen klar, daß sie durch ihre Gleichgültigkeit nicht aus ihrer traurigen Lage herauskommen und erklärte die Mehrheit, sich der Organisation anzuschließen. Hatten sie nun Stand, so wird auch bald für sie etwas erreicht werden. Abgesehen von einigen kleinen Meistern erreichten die Schreinergehülften ohne Streit: 1. Eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden pro Woche, so daß dieselbe jetzt 57 $\frac{1}{2}$ Stunden beträgt. 2. Eine zehnprozentige Lohnerhöhung. 3. Sicherstellung des Tagelohnes bei Affordarbeit. 4. 30 pZt. Zuschlag für Ueberstunden, solche dürfen nur in ganz dringenden Fällen gemacht werden. 5. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstat 20 $\frac{1}{2}$ mehr, außerhalb des Stadtbezirks nach Uebereinkunft. 6. Maßregelung wegen Vertheiligung an der Lohnbewegung dürfen nicht vorgenommen werden. Diese Vereinbarung wurde in einer Werkstättenordnung niedergeschrieben und von beiden Seiten unterzeichnet. Bemerkte sei hier noch, daß selbst die Arbeitgeber in ihrer Mehrheit dafür eintreten, daß die Zugeständnisse von ihrer Seite auch überall zur Durchführung gelangen (wegen der lieben Konkurrenz). Die Gehülftenchaft hat nun die heiligste Pflicht, das Erreichte hoch zu halten und auf der jetzigen Bahn weiter zu schreiten, dann wird auch Augsburg im Schwabenland in der gewerkschaftlichen Bewegung den Platz einnehmen, der ihr schon längst als größerer Fabrikstadt gebührt hatte.

Berlin. (Holzarbeiter.) In allen Betrieben, wo die Aussperrung für den 2. Mai mit einer Woche Arbeitsruhe beantwortet wurde, ist am Montag, den 8. Mai, die Arbeit wieder aufgenommen. Die Zahl der vom Holzarbeiterverband für die eine Woche Unterstützten betrug 1850 und erforderte die Summe von M. 15 453. Es ist am Montag, den 8. Mai, Keinem von Seiten der Arbeitgeber etwas in den Weg gelegt worden. Anders verhält es sich in der Sigmundfabrik von Stehmann, Reichensbergerstraße 142. Dieser Herr, welcher, nebenbei bemerkt, Vorsitzender des christlich-sozialen Arbeitervereins für Gruppe 7, Berlin ist und außerdem Vorsitzender des Parochialvereins der Emmausgemeinde, also ein streng christlich gesinnter Mann, hatte seinen Arbeitern sofort erklärt: Wer am 1. Mai nicht arbeitet, ist entlassen. Da nun die Arbeiter trotzdem ihren Beschluß aufrecht hielten und sich nicht von der Feier abbringen

ließen, gestattete der Herr ihnen nicht, ihre Arbeiten fertig zu machen, sondern alle Feiernden waren entlassen. Herr Stehmann erklärte, nichts gegen seine Arbeiter zu haben, nur sei er im Prinzip gegen die Meißner und deshalb rechtfertigte sich nach seiner Auffassung die Entlassung. Weiter erklärte der Herr, daß er Jeden, der zu ihm kommt (!) zur Zeit, wo er wieder Arbeiter brauche (!) und die Erklärung abgebe, daß er es bereue, den 1. Mai gefeiert zu haben, dann wieder in seinem Betrieb zulassen würde. Nach Aussage aller Theilhaftigen hatten sie es unter ihrer Würde, auf solche Zumuthungen einzugehen.

Burg b. Magdeburg. Bereits die siebente Woche befinden wir uns im Lohnkampf, ohne daß einer von den Unternehmern sich zu Verhandlungen geneigt gezeigt hätte. Im Gegentheil, je länger der Kampf dauert, je hartnäckiger werden die Herren. Sie erklären offen, Verbandsmitglieder überhaupt nicht wieder einzustellen. Uns selbst kann das nicht irretiren. Es hat sich von 145 Theilhaftigen in den sechs Wochen ein einziger Arbeitswilliger gefunden, jedenfalls ein Beweis, daß die Kollegen sich des Ernstes der Sache bewußt sind. Galten die Kollegen Deutschlands den Zugang für die Zukunft fern, werden die Arbeitgeber nachgeben müssen, ob sie wollen oder nicht. — Letzten Sonnabend referirte Kollege Deinhardt-Eberfeld in stark besuchter Versammlung über das Thema: „Der Terrorismus der Unternehmer und der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine unserer augenblicklichen Situation angepaßten Ausführungen. In der lebhaften Diskussion kritisirten verschiedene Kollegen das Denunziantenthum, zu welchem sich die Arbeitgeber unserer ausständigen Kollegen gegenüber hergeben. Möge ein Jeder das in der Versammlung Gehörte beherzigen und daraus lernen.

Dresden. Am 7. Mai hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Hauptversammlung im Trianon ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Berichte; 2. Verbands- und gewerkschaftliche Angelegenheiten. Im ersten Punkt gab Kollege Sperling den Kassenbericht. Hieran schloß sich eine lebhafte Debatte, welche sich in der Hauptsache auf den verlorenen Hüttischen Streik bezog. Kollege Kreislar berichtete Namens der Meißner, daß sie die Abrechnung geprüft und Bücher und Kassenbestand in Richtigkeit befunden haben. Er beantragte, den Kassirer zu entlasten; dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Alsdann wird auf Antrag der Verwaltung der Beschluß gefaßt, die Mitglieder der Werkstättenkontrollkommissionen pro Mann und Sitzung mit 30 $\frac{1}{2}$ zu entschädigen. Aus „Gewerkschaftliches“ ist noch hervorzuheben, daß in der Werkstat von Pfier, Oberbergasse, zwei Kollegen wegen Agitation für den Verband gemahngelt worden sind.

Herford. Nach langer Zeit haben auch wir hier in Herford Veranlassung, betreffs einer Möbelwerkstätte etwas von uns hören zu lassen. Es handelt sich um die Werkstat des Herrn Dreipohl, Memthor; in dieser Wude war bis vor sechs Wochen Handbetrieb, jetzt ging diese Firma zum Maschinenbetrieb über. Es schien im Anfang, als wollte Herr Dreipohl in seiner Werkstätte auch Preise bezahlen, wie diese hier am Orte üblich, jedoch weit gefehlt; am Sonnabend, den 6. Mai, mußten einige Kollegen erfahren, daß von den kaum festgesetzten Preisen Abzüge gemacht waren, so wurde auf Pulschranke der Preis von M. 14 pro Stück auf M. 13 rebusirt. Desgleichen wurden auf Urdrücker 50 $\frac{1}{2}$ pro Stück abgezogen, die anderen Kollegen hatten noch keine neue Arbeit angefangen, sonst wären vielleicht noch andere Preisregulirungen (wie die Herren Arbeitgeber diese Lohnrückerei so gerne nennen) vorgekommen. Es wurden Unterhandlungen angebahnt, Herr Dreipohl hat sich aber auf nichts eingelassen, sondern verlangte, daß Jeder seine Arbeit fertigstelle, dann würde er mit jedem Einzelnen den Preis festsetzen. Selbstverständlich ließen die Kollegen sich hierauf nicht ein und haben die Kollegen, bei denen Abzug gemacht war, hierauf gleich die Arbeit niedergelegt; die Anderen haben ihren Afford fertiggestellt und Herrn Dreipohl gleichfalls den Rücken gefehrt. Es sind sämtliche Kollegen in anderen Betrieben am Orte in Arbeit getreten. In unserer am 18. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erkennt das Vorgehen der Kollegen der Firma Dreipohl als berechtigt an und beschließt, den Kollegen den von der Organisation üblichen Bestand zu leisten und über diese Arbeitsstätte die Sperre zu verhängen.“ Wir ersuchen hiermit noch unsere reisenden Verbandsmitglieder, hiervon Notiz nehmen zu wollen.

Karlsruhe. Die wirtschaftliche Entwicklung und ihr Einfluß auf die Lage der Arbeiter“ war das Thema, über welches Kollege W. Schneegaf aus Stuttgart in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung am 6. Mai referirte. Der Redner legte an der Hand von reichhaltigem Material die wirtschaftliche Entwicklung klar, daß besonders mit Einführung der Theilungsarbeit, von welcher nur noch ein Schritt zur Maschinenarbeit war, eine neue Zeitperiode für die Arbeiter begonnen habe. Da durch Theilungsarbeit und Maschinenbetrieb nicht nur viel Zeit, sondern auch bedeutend Material erspart werde, könne man sich leicht denken, warum diese Produktionsweise bei den Unternehmern Anklang fand. Unter dieser Entwicklung der Industrie sei es möglich, daß in Großbetrieben das gleiche Stück Arbeit schneller, und daher auch billiger, hergestellt werden könne, während der Kleinhandwerker nicht im Stande ist, dasselbe zu thun, der Konkurrenz nicht Stand halten könne, und daher mehr und mehr von der Wildfläche verschwinde. In früherer Zeit, bei handwerksmäßigem Betrieb, fanden die Waaren mehr Absatz am Orte, während heute die Industrie den Weltmarkt beherrscht. Mit Einführung und Verwendung der Elektrizität glaubte man, das Kleingewerbe zu halten, aber auch hier sei es fehlgegangen, wie ja selbst die amtlichen Statistiken nachweisen. In Weiteren führte der Redner aus, daß, während früher ausschließlich männliche Arbeiter beschäftigt waren, heute Frauen, ja sogar Kinder an Maschinen beschäftigt werden, in welchen der Unternehmer eine willige Arbeitskraft finde, und schließlich noch als Lohnrückerei verwenden könne. Es sei Pflicht eines jeden Arbeiters, seine Arbeitskraft möglichst lange zu erhalten, und so hoch wie möglich an den Mann zu bringen. Wohl seien die Löhne in den letzten Jahren gestiegen, aber nicht im Verhältnis zu den Steuern, Lebensmittel- und Wohnungspreisen. Redner kommt zum Schluß dahin, daß bloß eine gesunde soziale Gesetzgebung, die aber in Deutschland noch viel zu wünschen übrig lasse, den Uebelständen in den Großbetrieben abhelfen könne. Es sei daher am Platze, daß sich die Arbeiter jaunt und besonders der Organisation anschließen, denn nur durch die Macht der Organisation sei auch auf diesem Wege etwas zu erreichen.

Leipzig. Die hiesigen Korbmacher hielten im Restaurant zur Markthalle in Leipzig eine öffentliche Versammlung ab.

Kollege Schöbel referirte über das Thema „Moderne Arbeiterbewegung“. Er betonte, daß die Organisation in unserer Branche noch sehr mangelhaft sei, weshalb es ihr auch schwer werde, Erfolge zu erzielen. Die Mehrzahl lebe in Verhärge da hin. Die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämen nicht zur Sprache, ja kaum den Kollegen zum Bewußtsein. Es sei notwendig, daß in jeder Werkstatt ein Vorkämpfer ausgedient werde. Redner bemerkte noch, daß die Korbmacher die Vermittelnden der Armen genannt würden, und das mit Recht. In Leipzig namentlich vermögen sie kaum ihr Leben zu fristen. — Es kam zu längeren Debatten über eifrigere Vorkämpfer. Von den Anwesenden wurde beschlossen, mit voller Energie gegen die Mißstände aufzutreten, damit auch die Korbmacher endlich an den modernen Erwerbsverhältnissen theilnehmen. Als Vertreter zum Gewerkschaftsartikel wurde der Kollege Paul Naumann einstimmig gewählt. Ferner wurde der Arbeitsnachweis besprochen. Zum Schluß wurden die anwesenden Kollegen aufgefordert, die uns noch fernstehenden Kollegen zum Anschluß an die Organisation zu ermuntern, damit die Korbmacher endlich eine Erleichterung ihres Joches erfahren.

Lehrerwahl. Seit langer Zeit haben wir die Spalten unserer Organe nicht in Anspruch genommen, und sehen uns daher genöthigt, auch mal wieder ein Lebenszeichen von uns zu geben. Nachdem wir im Jahre 1897 unsere Forderung bis auf einige Werkstätten durchgedrückt hatten, so die des Obermeisters hiesiger Innung, wo immer noch 11 Stunden gearbeitet wird, sind die Miße, bis auf einige Schornsteine, die wir noch im Laufe der Zeit mit einigen Meistern zu führen hatten, wieder hergestellt. Die Kollegen sind aber auch während dieser Zeit nicht untätig gewesen, es ist die Zahl der Kämpfer gestiegen; wo wir früher nur 50—60 Mitglieder waren, sind wir heute die doppelte Zahl, aber deswegen wollen wir nicht ruhen, bis auch der letzte Mann dem Verbands angehört, denn von circa 250—300 Holzarbeitern gehören 120 dem Verbands an. In einer der letzten Holzarbeiterversammlungen wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitstriebe zu feiern, und zur Ehre der Kollegen muß es gesagt werden, es hat auch fast kein Mann von den organisirten Kollegen gefehlt. In den meisten Werkstätten hat die Arbeit ganz geruht, auch in der Drechslerlei von Paul Lange wollte man feiern, und man hatte deshalb einen Fragebogen zirkuliren lassen, wo sich eine ganze Anzahl unterschrieben hatte, doch fehlten im Ganzen zwei Mann. Denn gerade unter den Drechslern ist die Sauberkeit außerordentlich groß, von 160 Drechslern gehören 23 dem Verbands an. Alle Versuche, dieselben zur Organisation zu ziehen, blieben bisher fruchtlos, und gerade die Drechsler haben doch keinen Grund zur Zufriedenheit, denn Löhne von M. 15—17 sind bei den Drechslern hoch zu nennen. Darum auf, Kollegen, laßt die Gleichgültigkeit fallen und tretet Mann für Mann in die Organisation!

München. Die am Sonntag, den 7. Mai, stattgefundene Versammlung besaßte sich mit dem Resultate, welches die Lohnkommission mit der Meisterschaft erzielt hatte. Nachdem im Laufe der vergangenen Woche schon zwei Verhandlungen zwischen der Lohnkommission und den Meistern stattgefunden hatten, welche zu keinem Resultate führten, wurde am Sonntag Vormittag nochmals zu einer solchen geschritten, nachdem die Lohnbewegung schon so weit gediehen war, daß am Montag, den 8. Mai, in einen Streik eingetreten werden konnte. Im letzten Moment wurde jedoch noch eine günstige Einigung erzielt, welche in der Verhandlung von der Mehrheit der Meister anerkannt wurde. Die aufgestellten Forderungen wurden endgültig folgendermaßen festgesetzt: 1. Zehnstündige Arbeitszeit. 2. M. 3 Mindestlohn. 3. 10 pZt. Lohnerhöhung. 4. 25 pZt. für Ueberstunden. 5. An Samstagen um 1/2 Uhr Feierabend, an solchen vor hohen Feiertagen um 5 Uhr, mit ganzer Bezahlung. Daß diese Forderungen im Großen und Ganzen im Guten erreicht wurden, daran trug nicht zum Geringsten die gute Organisation und die Saworkandtschaft bei. Nichtsdestoweniger bleiben einige Meister doch auf ihrem alten Standpunkt stehen, indem sie diese Forderungen nicht anerkennen. Es sind dies 20 Geschäfte mit 27 Gehilfen, welche jetzt selbstverständlich im Streik stehen, doch werden auch dort die Differenzen bald beigelegt werden, da eben diese Herren Meister halb erfahren dürften, daß es in München andere als die streikenden Wagnergefelln nicht gibt. Borläufig ist Bezug noch fern zu halten.

Oberhausen. Sie wollen Herr im Hause sein! Kämlich die Unternehmer. Ein kraßes Beispiel zeigt wieder einmal, daß sich diese Herren weder nach Gesetz, noch nach sonst etwas richten. Haben doch mehrere Schreiner, welche bei der hiesigen Firma Hofstadt beschäftigt waren, den 1. Mai gefeiert. Das konnte dem Herrn Hofstadt nicht behagen, und zum Troß ließ er einige von diesen Meistern auch den nächsten Tag nicht arbeiten. Dieses ließen sich die Arbeiter nicht bieten und reichten, nachdem sie am 3. Mai die Arbeit wieder aufgenommen hatten, die Kündigung ein. Es läßt sich wohl denken, daß dieses Gebahren der Arbeiter ihrem Arbeitgeber erst recht nicht gefiel. Und was macht dieser Herr? Er wimmelt einfach zwei der Arbeiter hinaus, d. h. sie mußten aufhören, und als sie ihren räthselhaften Lohn verlangten, wurde ihnen die Thür gewiesen. Also, trotzdem die Kündigung von seinem Stellvertreter entgegengenommen wurde, packte das dem Herrn in seinen Kram nicht und die Arbeiter, welche nicht nach seiner Weise tanzen wollten, konnten gehen. Derartige Fälle kommen bei Herrn Hofstadt sehr oft vor, und das Schöne dabei immer ist, daß die „Kausgeschmiffenen“ erst klagen müssen, um ihre sauer verdienten Groschen zu erlangen. Freilich gehen oft Monate dazu auf, bis die Klage erledigt ist. Ein Gewerbegericht existirt an dieser Stelle nicht. Wenn der Arbeiter nicht die nötige Intelligenz besitzt und keine Mittel dazu hat, eine Klage beim Amtsgericht anhängig zu machen, dann ist es auch um den armen Mann geschehen. Wozu denn auch in Oberhausen ein Gewerbegericht? Die Herren Stadtväter sagen einfach: Die Arbeiter zeigen kein Bedauern für ein Gewerbegericht. (Welche Arbeiter?) Einer der Stadtväter sagte einmal ungefähr folgendes: „Das Abkommen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist ein so gutes und friedliches, daß ein Vorhandensein des Gewerbegerichts durchaus nicht notwendig ist.“ Koch andere Herren haben diesen Ausführungen Beifall gegeben, auch der wohlbetannte Herr Thierhahn. Also in einer Stadt von annähernd 60000 Einwohnern, die zum größten Theil Arbeiter sind, ist kein Gewerbegericht notwendig? Darum, Schreiner, wenn Ihr nicht wollt, daß man Euch klug behandelt und den verdienten Lohn entzieht, dann meldet die vorerwähnte Werkstätte in Oberhausen, München.

Reichenbach. Am 22. April fand hier eine außerordentliche Versammlung statt, in welcher Herr Göttschke als Redner in seinem Rede die Rede: „Recht und

Pflichten der Organisation“ die Vortheile derselben erörterte und an der Hand von Beispielen und Statistiken die bisherigen Erwerbsverhältnisse derselben nachwies. Referent führte Beispiele an, wo frumme Organisationen dem freien Uebermuthe der kapitalistischen Ausbeuter Grenzen setzten und so die Last des Proletariats etwas erleichterten; auch die vielen Unfälle, die im maschinellen Betriebe häufig waren, wurden durch unermüdbliches Vorgehen der Organisation eingedämmt. Zum Schluß des zweistündigen Referates forderte Genosse Göttschke die zahlreich anwesenden Inbiteren auf, die Fesseln zu zerbrechen und durch Anschließung an die Organisation deren Ausbau fördern zu helfen, was eine stattliche Zahl Neuaufnahmen zur Folge hatte.

Reimscheid. Schon öfters haben wir Gelegenheit gehabt, zu beobachten, wie einzelne Polizeibehörden in der Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung ihre Hauptthätigkeit erblicken. Und auch bei uns ist die Ueberzeugung lebendig geworden, daß die Bestimmungen des Vereinsgesetzes von der Polizei nicht in gleichem Maße gegen alle Bürger Anwendung finden. So kommt während des hiesigen Krankenkassenkampfes die Unternehmer in ihrem Fabrikantenverein Politik treiben, ferner die Ärzte in ihren Sitzungen öffentliche Angelegenheiten erörtern, ohne es nöthig zu haben, die Sitzungen anzumelden. Als die Arbeiter hingegen, um den gegen sie geführten Schlag abzuwehren, sich Rath bei einigen im Krankenkassenwesen vertrauten Genossen holten, und in den in der Nähe ihrer Werkstätte gelegenen Wirtschaften auch diese Frage diskutirten, wurde gegen sie ein Prozeß angestrengt. Dieselben wurden wohl freigesprochen, aber seitens der Anwaltschaft ist bereits Verurteilung eingelegt. Wo zwei Gewerkschaftsmittglieder zusammen kommen, ist die Polizei mitten unter ihnen. Wozu diese polizeilichen Versammlungsberichte dienen, darüber ist schon gemunkelt worden. Aber niemals konnten wir etwas beweisen. Jetzt hat uns der Zufall ein Schreiben in die Hände gespielt, das seitens der hiesigen Behörde an die Unternehmer geschickt wurde. Dasselbe giebt uns ein drastisches Bild, wie es hinter den Kulissen zugeht. Wir haben das Schriftstück bereits in voriger Nummer veröffentlicht. Das Schönste bei der ganzen Sache ist, daß dieser Polizeibericht nicht den wahren Thatsachen entspricht und so besaßte sich unsere letzte Mitgliederversammlung mit dieser Sache. Die Tagesordnung lautete: „Ein von gewisser Seite an die Unternehmer gerichtetes Schreiben, dessen Inhalt der Wahrheit nicht entspricht.“ Der Bevollmächtigte, Kollege Koch, bemerkte, daß die deutschen Arbeiter wohl im Besitze des Koalitionsrechtes seien, dasselbe stände für sie aber nur auf dem Papier, denn durch die Gesetzesauslegung mancher Gerichte und das betannte Vorgehen der Polizei würde den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch gemacht. Redner besprach die Scheereien, unter welchen die Gewerkschaften seitens der Polizei zu leiden hätten, durch indirekte Abtreibung von Versammlungslökalen, durch das Verbot von Streikpostenstellen usw. Fast überall, wo ein Streik ausbräche, stelle sich die Polizei mehr oder minder sofort auf die Seite des Unternehmertums. Ferner berweist er auf eine Drohschüre: „Des Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, die eine reiche Sammlung enthält von Thatsachen, welche die Haltung der Polizei zum Koalitionsrecht illustriren. Zu dieser Sammlung komme nun die neueste Leistung der Reimscheider Polizei. Der Versammlungsbericht, der den Unternehmern zugefickt worden sei, entspreche aber nicht den Thatsachen, das gerade Gegentheil sei in der betreffenden Versammlung besprochen worden. Er (Redner) habe in der damaligen Versammlung ausgeführt, daß die Geschäftskonjunkturen wohl eine äußerst günstige sei und eine Lohnbewegung mit Wichtigkeit durchgesetzt werden könnte, wenn nur der Hauptfaktor, der hier in Frage kommt, die Organisation, eine bessere wäre. Wohl hätte sich die Zahlstelle innerhalb drei Monaten um das Dreifache vermehrt, aber die Zahl der organisirten Kollegen, ein Drittel der hier beschäftigten Kollegen, sei noch zu gering, um mit Erfolg vorgehen zu können. Aufgabe der Kollegen sei, dafür zu sorgen, daß, bevor die günstige Geschäftskonjunktur verfliehe, die Organisation soweit gedehne, damit auch für die Arbeiter ein kleiner Vortheil erzielt würde. Das gerade Gegentheil aber besage der Polizeibericht. Die Arbeitgeber müßten nach dem Berichte glauben, die gewählte Kommission sei eine Lohnkommission, dies sei aber thatsächlich nicht der Fall; die Kommission sei nur dafür eingesetzt, um eine genaue Statistik fertig zu stellen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hier beschäftigten Schreiner. Kollege Koch rügt ein solches Vorgehen seitens der Polizei. Dasselbe habe sich in solche Sachen nicht näher einzumischen. Nichtsdestoweniger sprach er dem Herrn Polizei-Inspektor den aufrichtigsten Dank aus für den geleisteten Dienst. Sie hätten durch den Herrn Polizei-Inspektor einen tüchtigen Agitator mehr in ihren Reihen. Auch dem ungeschultesten Arbeiter müssen durch ein solches Vorgehen die Augen geöffnet, das Klassenbewußtsein muß in ihm geweckt werden. Redner ermahnt hierauf die Diskussionsredner, in ihren Ausführungen recht vorsichtig zu sein, es sei ein schlüpfriges Gebiet, auf welchem man leicht ausrutschen könne. Die Diskussion war äußerst reg. Es sprachen die Kollegen Remele und Janfen, welche besonders darauf hinwiesen, daß der Polizei noch ganz andere Gebiete für ihre Thätigkeit offen ständen, als die Bekämpfung der Gewerkschaften. Es wurde unter Anderem auf die Dampfstegelei hingewiesen, wo eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt und nicht einmal eine Bedürfniskontrolle für dieselben vorhanden sei. Aus den ferneren Ausführungen der Kommissionsmitglieder ging hervor, daß der Polizeibericht bei verschiedenen Arbeitgebern schon gewirkt habe und Differenzen ausgebrochen seien, so bei der Firma Roth, welche einen Kollegen gemahregelt habe und bei Sander, Baugeschäft. Hoffentlich werden die Reimscheider Holzarbeiter die Rechnung des Polizei-Inspektors quittiren, und durch eine intensive Agitation für den weitesten Ausbau der Organisation Sorge tragen.

Schwerin. Am 6. d. Mts. hielten wir unsere gewöhnliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Daniels aus Lübeck, geschickt von Saworkand aus Kostock, über das Thema: „Auf welche Weise können die Schweriner Holzarbeiter ihre Lage verbessern?“ unter Zugrundelegung des § 152 der Reichsgewerbeordnung einen 1 1/2 stündigen Vortrag hielt, der mit Beifall aufgenommen wurde. Zu gleicher Zeit sei darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit wieder ein Referent in unserer Versammlung erscheinen wird, und werden die Kollegen hierzu ebenfalls durch Zettel eingeladen werden, und hoffentlich recht zahlreich erscheinen.

Trarupstein. Sonntag, 23. April, hielt die Zahlstelle Trarupstein in Ruhpolding eine gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung ab. Referent Kollege Göttschke aus München führte in 1 1/2 stündigen Vortrage über: „Die Lage der Säger und Holzarbeiter, und wie ist dieselbe zu verbessern“, treffend aus, daß nicht die Arbeiter, wenn sie kürzere Arbeitszeit und

bessere Wohnverhältnisse verlangen, schuld sind, wenn das Klein-gewerbe verdrängt wird, sondern daß dieses Geschäft die Großbetriebe und das hierzu nötige Kapital betreiben durch leistungsfähigere Maschinen, billigen Einkauf in Rohmaterial, Begünstigung beim Transport usw. Redner stellte fest, daß die Löhne der Arbeiter nicht den gleichen Schritt hielten mit der Vertheuerung der Lebensmittel, Wohnungen, Erhöhung der Steuern, kam dann auf die Statistik der Sägemüller in Ober-Bayern zu sprechen, mit der langen Arbeitszeit und dem kärglichen Lohn; forderte zum Schluß die Anwesenden auf, sich zu organisiren, was die beste Antwort sei auf das beabsichtigte Zuchthausgesetz und die Angriffe auf das Koalitionsrecht. Daß die Ausführungen des Referenten beherzigt wurden, zeigt die Thatsache, daß sich zehn Mann in den Verband aufnehmen ließen. Kollegen in Ruhpolding, an Euch ist es, den Verband dort besser auszubauen, haltet fest zusammen, werbt immer neue Freunde, und es wird auch die Zeit kommen, daß auch in den Sägemühlen und bei den Holzarbeitern bessere Zustände eingeführt werden. Dem Einberufer der Versammlung, Bevollmächtigten der Zahlstelle Trarupstein, der in Ruhpolding in Arbeit stand, wurde auf Verlangen der Sägebefitzer (Forstleuten), von seinem Meister die Stelle gekündigt, was zwar nach der Versammlung wieder zurückgenommen wurde (wahrscheinlich in Anbetracht der gerade sehr bringenden Arbeiten oder da diese Versammlung nicht so staatsgefährlich ausfiel, wie sich's die Herren vormalkten), was aber den Einberufer dennoch nicht abhielt, sich nach einer Stelle umzusehen und nicht erst zu warten, bis die bringendsten Arbeiten fertig sind, um dann schließlich desto fester hinauszufliegen. Wahrlich ein Beitrag zum Zuchthausgesetz für Unternehmer!

Eingefandt.

Die Ortsverwaltung Emmendingen

stellt folgende Anträge betreffs Statutenänderung zur Generalversammlung in Nürnberg:

Zu § 3 Abs. 5: Personen, welche bereits Mitglieder einer Krankenkasse (§ 3 Abs. 1) sind, oder später in eine solche eintreten, können in die fünfte Klasse nicht aufgenommen werden. Die Einreihung in eine der übrigen Klassen soll den Ortsverwaltungen überlassen bleiben.

Abf. 7 fällt durch Obiges ganz weg.

Notize: Nach gesetzlichen Bestimmungen und nach der jetzigen Tagelöhnen kann sich ein Mitglied nach obiger Abänderung nicht überverichern, da die Tagelöhne weit höher gestiegen sind, als dieselben früher in den Zahlstellen als ortshilich angenommen wurden. Bezüglich der jetzt bestehenden Statuten bleibt den doppelt Versicherten die dritte und vierte Klasse verschlossen und zwar ungerechter Weise, weshalb wir für diese Aenderung eintreten. Ferner müssen die Ortsverwaltungen bei Aufnahmen den Unterschied zwischen gelernten Handwerkern und Tagelöhnern ziehen.

§ 12 Abs. 2. Mitglieder, welche zugleich einer auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes bestehenden Krankenkasse angehören und unsere ärztliche Hilfe und Medikamente nicht in Anspruch nehmen, erhalten ein vom Tage der Gewerkschaftsfähigkeit bis Ende der 13. Woche erhöhtes Krankengeld, welches dem Durchschnitt der Ausgaben für Arzt und Medikamente der einfach Versicherten (in den letzten zwei Jahren) durch die Generalversammlung festzustellen resp. anzupassen ist.

Notize: Im ersten Punkt soll die Besserstellung der doppelt Versicherten erlangt werden, während im zweiten Punkte eine vom Hauptvorstande alljährlich aufzustellende genaue Statistik über einfach und doppelt Versicherte verlangt wird, um zu erfahren, welche Abtheilung die größten Kosten verursacht.

§ 16 Abs. 7. Die örtlichen Verwaltungsstellen sind verpflichtet, für Kranke, welche der Simulation verdächtig erscheinen, wenn nöthig, Extrakontrolle anzuordnen. Die dadurch entstandenen Kosten werden aus der Hauptkasse vergütet.

Notize: Daburd soll bezweckt werden, daß die Ortsverwaltungen mit Erfolg gegen Simulanten vorgehen können.

§ 23 Abs. 6. Für eine Generalversammlung entfällt auf je 1200 Mitglieder ein Abgeordneter und müssen die Abtheilungen so zusammengestellt werden, daß die Mitgliederzahl nicht unter 1100, aber auch nicht über 1200 beträgt. Wahlabtheilungen mit mehr Mitgliedern wählen nach gleichem Verhältnisse.

Notize: Es würden daburd die Wahlabtheilungen gleichmäÙiger eingetheilt und kann der Unterschied der einzelnen Abtheilungen nicht so groß werden, wie derselbe zur Zeit bei den Wahlabtheilungen 17 bezw. 29 besteht, bei welchen 831 gegen 1497 Mitglieder je nur einen Abgeordneten wählen können.

Es wurde Herr Carl Fischer, Kassirer der Zahlstelle Freiburg, als Kandidat für den 34. Wahlkreis aufgestellt. Wir bitten die Zahlstellen der Abtheilung 34, ihre Stimmen auf obigen Kandidaten zu vereinigen. Sollte eine oder die andere Zahlstelle noch einen anderen Antrag haben, so bitten wir, denselben baldigst einzureichen.

Emmendingen, den 7. Mai 1899.
Der Schriftführer: F. Steinbrunner. Der Bevollmächtigte: Emil Dirsch.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Aus Bremerhaven und Umgegend. Bei Beginn dieses Jahres beratheten die hiesigen Bautischler, Verhandlungen anzubahnen mit den Maurern und Zimmerern, um mit diesen gemeinschaftlich bei günstiger Geschäftskonjunktur zu Gunsten der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit in eine Lohnbewegung einzutreten. Von Seiten der Maurer und Zimmerer wurde Abhand genommen von einer Verkürzung der Arbeitszeit, dagegen wurde eine Lohnerhöhung von 5 A pro Stunde und achtstündige statt der vierzehnstündigen Lohnzahlung als Forderung aufgestellt. Die Bautischler nahmen nun von weiterem gemeinsamen Vorgehen mit vorbenannten Gewerkschaften Abstand. Der Grund für ein gemeinsames Vorgehen lag hauptsächlich darin, daß man gemeinschaftlich mit ein und denselben Arbeitgeber zu rechnen hatte, denn hier am Orte werden die meisten Bautischler bei solchen Arbeitgebern beschäftigt, die zu gleicher Zeit Maurer und Zimmerer beschäftigen. Nun fand am 22. April die Maurer und am 29. April die Zimmerer, wegen Nichtbewilligung vorbenannter Forderungen, in den Ausstand getreten. Da wir nun infolge Verweigerung der Herstellung von Zimmerarbeiten und auch, da die Bauten fast vollständig still liegen, uns hier in einem sehr gespannten Verhältnisse unseren Arbeitgebern gegenüber befinden, erlauben wir die reisenden Kollegen, Bremerhaven zu meiden.

Vom Tischlerstreik in Lüneburg. Es arbeiten 47 Gesellen zu den neuen Bedingungen, während 28 noch zu unterstützen sind. Der Zug war leider recht stark, wenn die Zuggezogenen auch wieder abgereist sind. Es wird deshalb ersucht, den Zug streng fern zu halten.

Achtung, Holzarbeiter! Der Streik bei Holz in Berlin, Krautstr. 52, dauert fort. Die Zahl der Streikenden beträgt 49, Arbeitswillige sind nur 7 zu verzeichnen. Einigungsversuche sind bislang erfolglos geblieben. Herr Holz hat gegen seine streikenden Arbeiter Entschädigungsklage beim Gewerbeamt erhoben. Termin findet am 19. Mai statt. Zugzug ist streng fern zu halten.

Aus Schwäbe. Am Sonnabend, den 13. d. Mts., tagte hier eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiterverbandes. Da die hiesigen Schreiner beschlossen haben, Forderungen an die Meister zu stellen, sind dieselben am Montag, den 8. d. Mts., an die Meister eingereicht worden, mit der Bitte, ihre Antworten bis Sonnabend Abend 6 Uhr an die Kommission zu senden. Wer sich aber nicht dazu herabließ, waren unsere Meister. Die nun heute tagende Versammlung betrachtete dieses als eine Herabwürdigung unseres Verbandes und beschloß einstimmig, die Arbeit am Montag niederzulegen. Es wurde den Meistern nochmals gütliche Aufforderung zugesandt, mit der Kommission zu verhandeln, und ihnen dazu Frist gegeben bis Montag Morgen 8 Uhr. Sollten dieses die Meister abermals nicht beachten, so wird der Streik proklamiert.

Am Montag tagte nun eine abermalige Versammlung, wobei Kollege Leipart aus Stuttgart selbst anwesend war. Die Meister hatten natürlich auch diesmal nichts von sich hören lassen. Die Schreiner sind also dadurch gezwungen worden, in den Streik einzutreten. Die Situation ist eine günstige, und wird es hoffentlich nicht schwer werden, die so niedrig gestellten Forderungen durchzubringen, zumal der Geist der Streikenden ein guter ist. Wir möchten daher dringend bitten, den Zugzug nach Schwäbe streng fern zu halten.

Aus Ruffenhäuser. Eine zum 9. Mai einberufene stark besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung besprach den Ausstand der Stuttgarter Möbelarbeiter. Dieselbe nahm auch Stellung zu den Ruffenhäuser Möbelgeschäften, welche Arbeiten an Stuttgarter Firmen liefern, in welchen gegenwärtig die Arbeit ruht. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern ausgesprochen, daß in Wirklichkeit Arbeiten für solche Firmen hergestellt werden, bei welchen gestreikt wird. Da aber die Ruffenhäuser Schreinergehülfen nicht gewillt sind, ihren streikenden Kollegen in Stuttgart dadurch zu schaden, so beschloßen dieselben, keine Streitarbeit zu machen, und wurden am 10. Mai, Morgens, bei ihren Arbeitgebern vorstellig, behufs Unterzeichnung einer schriftlichen Erklärung, daß keine Arbeit während des Streiks an betreffende Firmen in Stuttgart geliefert wird. Sollte es dennoch der Fall sein und die Gehülfen davon Kenntnis bekommen, so wird in den betreffenden Geschäften die Arbeit niedergelegt.

In der zum 10. Mai, Abends, einberufenen, ebenfalls stark besuchten Versammlung wurde das Resultat betreffs der Unterzeichnung der Erklärung durch die Herren Arbeitgeber bekannt gegeben. Es haben sich 18 Arbeitgeber, darunter alle, welche größere Geschäfte haben, durch Unterschrift verpflichtet, keine Arbeit für Stuttgarter Firmen herstellen zu lassen, bei welchen die Arbeit ruht.

Die Holzarbeiter in Neustadt a. d. S. haben am Mittwoch, den 10. Mai, Mittags 12 Uhr, die Arbeit niedergelegt. Trotzdem, daß es den Meistern schon längere Zeit bekannt war, und diese auch während der letzten 14 Tage der Forderungszeit sich zu einer Unterhandlung mit der Lohnkommission der Arbeitnehmer herbeiließen, kam es zu keinem Resultat, denn sie wollten nur, statt der geforderten 10 pZt. Lohnerbhöhung, pro Stunde 2 M. zulegen und zwar nur 2 M., für welchen sie nach ihrem Bemessen es für gut befinden. Natürlich konnte sich die Lohnkommission damit nicht einverstanden erklären und wurde zur Arbeitsniederlegung geschritten. Die Zahl der Streikenden beträgt 87 Verheiratete mit 73 Kinder, 6 Ledige, im Ganzen 48. Arbeitswillige sind leider 7 Mann zu verzeichnen, welche so ziemlich wohlhabend sind, so daß wir ein solches Verhalten von diesen am wenigsten erwarteten. Der Geist der Kollegen hier ist ein sehr guter, und hoffen wir, wenn wir nicht mit Zugzug überhäuft werden, die geringe Forderung zu unseren Gunsten durchzusetzen. Einige Meister hatten die Forderung bewilligt, da sie sich aber vorher durch Unterschrift verpflichtet hatten, nichts zu bewilligen, so wurde auch von diesen ihr Versprechen den Gesellen gegenüber wieder zurückgenommen, denn die hiesigen Meister glaubten schon den von einem Kasseler Herrn entworfenen Plan verwirrt und uns so bald wie möglich durch Hunger von unserer Begehrlichkeit zu kurieren. Hoffentlich werden sie diese Freude nicht erleben, da der Geschäftsgang ein sehr guter ist und von allen Seiten Arbeitskräfte verlangt werden. Zugzug ist streng fern zu halten.

Zum Streik bei S. Sommer in Jülich. Im Würzburger „General-Anzeiger“ ist folgendes Inserat zu lesen: Nach Jülich werden tüchtige Schreiner, Polster, Drechsler, Bildhauer zum sofortigen Eintritt gesucht. Akkordverdienst M. 24-30. Hans Sommer, Spiegelrahmen- und Möbelfabrik, Jülich bei Nürnberg.
Herr Sommer hat ganz vergessen, hinzuzufügen, daß sich Meldende in der Spiegelrahmenfabrikation gut eingefühlte Leute sein müssen. Er hat auch vergessen, beizufügen, daß den Bildhauern ein Abzug in der Höhe von 18-20 pZt. angeknüpft ist und er der bei ihm gewesenen Kommission erklärt hat, daß er auch in den anderen Sparten abziehen wolle, so daß ein wesentlich niedrigerer Verdienst herauskommt, wie er in dem Inserat verspricht. Wenn Herr Sommer seinen gut eingefühlten Arbeitskräften ihre alten Preise weiter bezahlen würde, könnte er das Geld für die Inserate sparen und hätten seine Arbeiter nicht in den Ausstand zu treten brauchen.
Beizufügen ist noch, daß auch Herr Sommer versucht hat, außerhalb der bayerischen Grenze, in Böhmen z., Arbeiter nach hier zu importieren, was ihm aber nicht gelungen ist. Wir bahnten schon einige Male Einigungsversuche an, das letzte Mal vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt, was aber die Unternehmer ablehnten. Mögen sie nun auch die Konsequenzen ihrer Handlungsweise tragen.

Die Stuttgarter Wagnermeister scheinen sich erst eine Weile befehlen zu haben, ehe sie sich entschlossen, wie sie ihre Arbeiter, die den 1. Mai feierten, hüten lassen wollten. Erst in der zweiten Woche nach dem 1. Mai wurde den Arbeitern mitgeteilt, daß ein Strafzug stattfinden würde. Während nun Herr Otto Mägel so vorständig war, abzuwarten, was seine Kollegen thun, ging Fabrikant Reuter sofort zur Ausführung und brachte am letzten Samstag M. 1 Strafe in Abzug, da er sich von seinen Arbeitern nichts diktieren lasse. Da die Arbeiter sich auch nicht „diktieren“ lassen wollten, legten sie einmütig die Arbeit nieder. Sie fordern zugleich Beseitigung einer Anzahl Mißstände. (Nachdem wir diese Nachricht bereits der „Schwäb. Tagwacht“ entnommen, ging sie uns auch per Telegramm zu. D. Red.)

Achtung, Drechsler! Wegen Lohnreduzierungen sind am 15. d. M. in Helmstedt acht Drechsler der Firma Saalfeld in den Ausstand getreten. Zugzug streng fern halten!

Achtung, Tischler und Schuhmacher! In Trient (Oesterreich) sind seit 2 Wochen 300 Tischler und Schuhmacher im Ausstand. Um Unterstützung wird dringend ersucht an folgende Adresse: Societa Savoranti in legus di Triente conterni Via Santa Maria Maggiore No. 12, Oesterreich.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Eine Muster-Gewerkschaft. Der Hauptvorstand des Buchdruckerverbandes giebt in seinem letzten Jahresbericht ein interessantes Bild der Entwicklung der drei letzten Jahre. Des beschränkten Raumes wegen können wir nur einige Daten herausheben.

Gesamteinnahmen der Hauptklasse.		
1896	1897	1898
M. 1115163,62	M. 1272677,77	M. 1392048,78
Gesamtausgaben der Hauptklasse.		
1896	1897	1898
M. 818326,50	M. 882617,79	M. 879427,10
Ueberschuß in der Hauptklasse.		
1896	1897	1898
M. 301837,02	M. 390059,56	M. 512621,68
Unter den Einnahmen sind hervorzuheben:		
Einnahme	Beiträge	Sinsen
1896..... 3935	1068565,30	42663,32
1897..... 3239	1152543,85	47301,30
1898..... 3937	1269144,—	77161,65
1896..... 2841,42		
1897..... 3163,75		
1898..... 6418,17		

Die hauptsächlichsten Ausgaben sind folgende:
 Unterst. 1896.. 186491,05 1897.. 182779,25 1898.. 115177,51
 Arbeitslosen- 127341,75 182779,25 141888,—
 nach § 2 u. Umz. 63043,63 74688,65 49154,20
 Kranke 327917,79 348388,86 372138,18
 Invalide 38210 54575 67949
 Außerdem sind noch aufzuführen M. 19197,50 Sterbegelder (1896: M. 18430,90, 1897: M. 16765,09). An sachlichen und persönlichen Kosten der Haupt- und Sozialverwaltung im Verbandsgebiete, an solchen des Tarif-Ausschusses (Tagungskosten und Beiträge), an Beiträgen für das Internationale Buchdruckersekretariat und an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Unterstützung an andere Gewerkschaften z. wurden im Berichtsjahre M. 76235,64 ausgegeben (1896: M. 41516,61, 1897: M. 42285,60).

Die Zentral-Invalidentasse in Liquidation unterstützte im ersten Quartale 219, im vierten 200 Invaliden mit zusammen M. 76312, außerdem zahlte dieselbe noch M. 1890,85 Begräbniskasse für verstorbene Invaliden und M. 4457,93 für die Verwaltung. Das Saldo betrug am 31. März 1899 noch M. 769365,16.

Der „Correspondent“ hat auch im letzten Jahre wieder einen erfreulichen Aufschwung erfahren. Die Einnahmen betragen in den Jahren

1896.....	M. 42117,71
1897.....	" 43918,93
1898.....	" 47444,05

An Ausgaben waren zu verzeichnen
 1896..... M. 39270,29
 1897..... " 40765,18
 1898..... " 41025,88

Die Auflage des „Correspondent“ beträgt z. B. 14250, ist somit in den letzten drei Jahren um 3000 gestiegen.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes sind, wie aus Vorstehendem ersichtlich, hoch erfreuliche. Der Kassenbestand betrug je am 31. März der Jahre

1896	1897	1898
M. 1204141,28	M. 1594201,26	M. 2106822,89

Das Verbandsvermögen hat sich seit 1896 in der Hauptkassette um M. 902681,61 vermehrt und beträgt mit dem Vermögen der Zentral-Invalidentasse i. Ligu. M. 2876188,05. Hinzu zu rechnen ist noch das Vermögen der Gau- und Bezirkskassen, so daß etwa M. 3 200 000 dem Verbands zur Verfügung stehen, für die er allerdings auch weitgehende und dauernde Unterstützungsansprüche zu garantieren hat.

Ueber die Mitgliederzahl geben nachstehende Ziffern Aufschluß. Es steuerten Mitglieder im

	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.
1896.....	20949	21866	21954	22522
1897.....	22542	23074	22988	24376
1898.....	24286	24749	24406	26377

Die Zahl der steuernden Mitglieder hat somit vom 4. Quartal 1896 bis zum 4. Quartal 1898 um 3855 zugenommen, seit dem 1. Januar 1893 um rund 10000. Die Zahl der Druckorte, in welchen Verbandsmitglieder beschäftigt wurden, betrug 1896: 365, 1897: 899, 1898: 960! Die vorstehenden Ziffern beweisen zur Genüge, in welchem hohen Maße die organisatorische und die tarifliche Arbeit sich für den Verband als nützlich erwiesen hat.

An andere Gewerkschaften wurden bewilligt: 1896 M. 6050, 1897 M. 26578, 1898 M. 12150, in Summa M. 44778. Dazu kommen Darlehen in Höhe von M. 108000, und die aus dem ganzen Verbandsgebiete beigetragenen Summen u. M. 30000 für die Hamburger Hafenarbeiter, M. 10000 für die Krefelder Weber u. a.

Im Anschluß an den Bericht wird eine Statistik über die wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1898 veröffentlicht, die aber

kein erschöpfendes Bild giebt. Ermittelt wurden 160 Konflikte, die in 89 Fällen als Angriffe und in 41 Fällen als Abwehren zu bezeichnen sind. Von den ersteren endeten 24 mit vollem Erfolge der Gehülfen, 4 mit theilweisem und 22 ohne Erfolg; in 39 Fällen blieb der Ausgang fraglich. Von den 41 Abwehrkonflikten endeten 9 für die Gehülfen erfolgreich, 3 theilweise günstig, 16 gingen verloren und bei 18 war der Ausgang zweifelhaft. Hauptächlich in 19 Fällen waren Verschlechterungen des Tarifs, in 13 Fällen die Zugehörigkeit zum Verbands die Ursachen der Abwehrkämpfe. Die Beteiligte ist in 58 Fällen mit 458 Mann nachweisbar, in 74 Fällen konnte die Zahl der Beteiligten nicht festgestellt werden.

Der Buchdruckerverband darf mit Befriedigung auf seine Entwicklung und seine Leistungen zurückblicken.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Auf welcher schwachen Grundlage oft Anklagen, meistens durch Denunziationen, erhoben werden, das zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung vom 8. d. Mts. in Jülich. Angeklagt waren die Arbeiter Gugel und Göt, die am gegenwärtigen Holzarbeiterausstande theilgenommen, wegen Uebertretung des § 153 der Reichsgewerbeordnung. Die Verhandlung endete mit Freisprechung der Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse. Diesen Denunziationen sollte wieder einmal ein Niegel vorgeschoben werden, indem man den Denunzianten wegen falscher Anschuldigung auf die Anklagebank setzte, wohin er gehört.

Technisches.

Anhaltische Bauhütte, Herbst. Am 26. und 27. April fanden an hiesiger Bauhütte die Abgangsprüfungen vor der dazu bestellten Prüfungskommission unter dem Vorth des herzoglichen Prüfungskommissars, Herrn Oberbaurath Janaschowsky aus Dessau, statt. Von 39 Kandidaten bestanden 12 mit sehr gutem und gutem, 23 mit befriedigendem Erfolg; 4 Kandidaten bestanden die Prüfung nicht.

Wann schlägt man am besten das Holz? Vor mehr als 30 Jahren wählte man, wie der „Pr. Wegweiser“ berichtet, in einem Forste vier Kiefern von gleichem Alter, welche gleichmäßig gesund und unter denselben Bedingungen auf demselben Boden gewachsen waren. Die eine wurde Ende Dezember, die zweite Ende Januar, die dritte Ende Februar und die vierte Ende März gefällt. Die vier Stämme wurden auf gleiche Weise geschnitten und daraus Balken von gleicher Länge und Dicke hergestellt, die man unter völlig gleichen Verhältnissen trocknete. Bei Bestimmung des Witterungsstandes, den diese Balken, an beiden Enden gestützt und in der Mitte belastet, der Deugung entgegen zu setzen vermochten, stellte er sich für den Ende Dezember gefällten auf 100, den Ende Januar gefällten auf 88, den Ende Februar gefällten auf 80 und den Ende März gefällten auf 62. Ganz entsprechende Ergebnisse erhielt man in Bezug auf die Dauerhaftigkeit und Härte der Hölzer. Zu diesem Behufe wurden aus den gefällten Stämmen Hölzer geschnitten, die, unter gleichen Verhältnissen in denselben Boden gegraben, ein sehr verschiedenes Ergebnis lieferten; denn während die Ende Dezember gefällten Hölzer sich noch nach 16 Jahren völlig gesund erwiesen, waren die übrigen schon nach drei bis vier Jahren mit geringer Mühe durchzubringen. Ganz ähnlich verhielt es sich mit der Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Eichenholzes. Nach diesen Versuchen dürfte also der Dezember der geeignetste Monat für Holzfällung sein.

Ein Konserviren des Holzes vermittelt Elektricität ist in Amerika versuchsweise ausgeführt worden. Die zugeschnittenen Bauhölzer werden in einen hierzu geeigneten, genügend großen, viereckigen Behälter gethan, der mit einer leitenden Flüssigkeit angefüllt ist. In demselben sind die Elektroden für Zu- und Ableitung des Stromes angebracht. Durch Einwirkung des Stromes tritt schon nach kurzer Zeit der Saft aus den Poren des Holzes und innerhalb sechs Stunden ist derselbe vollständig ausgetrieben. Die so vorherbehandelten Hölzer werden dann noch, nach einer Mittelheilung des Patentbureaus von G. & W. Bataky, Berlin, in einen zweiten Behälter übergeführt, in welchem sich eine antiseptische Lösung befindet. Auch dieser Behälter ist mit elektrischer Zu- und Ableitung versehen; es tritt hier jedoch der umgekehrte Fall ein, indem die Poren des Holzes sich mit der Lösung schnell füllen. Falls die Kosten dieses Verfahrens nicht ein Hinderniß für dessen allgemeinere Einführung sein sollten, dürfte dasselbe von großem Vortheil sein.

Briefkasten.

* Welche Firma in Rheinland-Westfalen liefert Holzstämme? Welche Fabrik (im Brandenburgischen) liefert Deckelsteine für Koffer in Rothbuche und Fichte oder Kiefer?
Erfurt, S. P. Ihr Artikel kann erst in nächster Nummer erscheinen.

Friedeburg, M. W. Wir sind nicht in der Lage, Ihre traurigen Erfahrungen, die Sie in der Holzbearbeitungsfabrik von C. Krüger u. Sohn in Solbin gemacht haben, zu veröffentlichen, wollen aber den Bericht gelegentlich verwenden.

München, M. W. Ihren Brief, worin Sie den „dunklen Sinn“ der betreffenden Notiz aufzuklären versuchen, haben wir mit Interesse gelesen; zur Veröffentlichung ist derselbe jedoch nicht geeignet. Bericht über den Stand der dortigen Lohnbewegung bringen wir an anderer Stelle.

Jena, S. K. Ihre Entgegnung auf die Erklärung der betreffenden Arbeiter wollen wir einstweilen zurückstellen, um zu gelegener Zeit davon Gebrauch machen zu können.

Neustadt, B. W. Die Veröffentlichung Ihres Eingandes hat für dieses Mal keinen Zweck mehr. Stellen Sie bei der Generalversammlung der betr. Kasse den Antrag, daß für die Zukunft das Material früher geliefert oder der Wahltermin später angesetzt wird.

Schöningstedt, S. A. Das richtet sich nach dem Ortsrat.

Bergedorf, P. L. Gewerbeschule in Hamburg.
Wilhelmshaven, S. F. Spiegelstehen in der von Ihnen gemachten Größe liefert L. Gossen, WBS-Str. 55 und C. D. Marcus, Adolphstraße 4, beide in Hamburg.

Friedeberg, M. S. Nehmen Sie ruhig Entree; falls Ihnen die Behörde Schwierigkeiten macht, verkaufen Sie Programme.

Lorch, Max. 90 J erhalten. Besten Dank.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 S.)

Altona. Am Dienstag, den 30. Mai, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Göler, Nordstr. 37. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Bergeborf. Am Sonnabend, 27. Mai, Abends 8½ Uhr, im Gasthose „Stadt Schwerin“.

Görlitz. Sonnabend, den 27. Mai, Abends 8 Uhr, im „Belvedere“. L.-D.: Vortrag, Geschäftliches und Fragelasten.

Ludewalbe. Am Sonnabend, den 27. Mai. Von da ab alle 14 Tage.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Elbing. Bevollm. Friedrich Borowski, Bangstr.-Kolonie 166 bei Elbing. Kassirer August Engling, Angerstr. 65 b.

Ludewalbe. Bevollmächtigter Theodor Brachmüller, Treuenbriegerstr. 151. Kassirer Carl Linke, Buchstr. 16. Herberge bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34.

Aufforderung.

Diejenigen Kollegen, welche den Aufenthalt des Stellmachers Schiemeyer wissen, werden gebeten, seine Adresse mitzutheilen an

Paul Wenzel, Bevollmächtigter, Effen (Mahr), Louisenstr. 1.

Am Samstag, den 6. Mai, verschied nach langem Leiden unser Kollege

Philipp Imfang

an der Proletarierfront im 33. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung Friedberg.

Nachruf.

Am 9. Mai starb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser treues Mitglied und früheres Vertrauensmann, der Tischler

Paul Leideck,

im 26. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung Reifsen.

Herr **Kurt Sander,** Drechsler, wird höchlichst per sofort um seine Adresse ersucht. **Heinr. Feige,** Schwege.

G. Henkel aus Glauchau, sende Deine Adresse an **P. Riedel,** Dresden-Alst., Bettnerstr. 23, 2. Et. r. [60 S.]

Ein lediger **Maschinenschleifer,** auf Freimachine eingearbeitet, sucht wegen Aufgabe seiner jetzigen Stellung anderweitige Beschäftigung. Gefl. Off. an **W. Büdel,** Altona-Ottensen, Bahnhofsstr. 70, 3. Et. [M. 1]

Tüchtiger Maschinenschleifer, welcher mit der Bau- und Möbelschleiferei und den Holzbearbeitungsmaschinen vertraut ist, so daß selbiger den Maschinearbeiten vollständig vorstehen kann, findet per sofort dauernde Beschäftigung. **Pohlmann & Dreseler,** Perford, mechan. Bauischlerei.

Ein tüchtiger **Maschinenschleifer,** welcher mit der Bau- und Möbelschleiferei und den Holzbearbeitungsmaschinen vertraut ist, so daß selbiger den Maschinearbeiten vollständig vorstehen kann, findet per sofort dauernde Beschäftigung. **Jann Westerkamp,** mechan. Tischlerei, Norden (Ostfriesland), Osterstr. 18.

Möbelschreiner-Gesuch.

Wegen Gesundheitsrückichten bin ich gezwungen, mich so viel wie möglich von meiner Werkstatt mit vier Säulen fern zu halten. Um nun mein Geschäft, welches recht gut geht und in dem nur Möbelarbeiten la. Qualität gefertigt werden, nicht eingehen zu lassen, suche ich zur Führung der Werkstatt gegen guter Lohn einen tüchtigen, ledigen **Möbelschreiner,** welcher sauber und mit guter Arbeit liefern kann. Das Geschäft befindet sich in einer kleinen Stadt bei Frankfurt a. M. Rührens zu erfahren durch **Jean Müller,** Frankfurt a. M., Grabengasse 18, 3. Et.

Tüchtiger Möbelschleifer sofort gesucht. **Doubs & Zorn,** Maschinenfabrik, Freiburg i. Br.

10 tüchtige, solide **Bauschreiner** werden bei einem Stundenlohn von 35-40 S., auch gute Affordarbeit, für dauernde Stellung gesucht. **Aug. Garroth,** Bau- u. Möbelschreiner, Luna i. W.

4 tüchtige **Tischler** auf Bau und Möbel finden sofort dauernde u. gut lohnende Arbeit bei **Jann Westerkamp,** mechan. Tischlerei, Norden (Ostfriesland), Osterstr. 18.

Suche per sofort zwei tüchtige **Schreinergehilfen** auf Bau- und Möbelschreinerarbeit. **Ed. Deitenbeck,** Lüdenscheid i. W.

Gesucht einige tüchtige

Tischler

auf weiße Möbel. Lohnende und dauernde Beschäftigung.

C. C. Wehmann, Möbelfabrik, Bremen, Dorfstr. 1-7.

3-4 **Tischlergesellen** auf bessere Bauarbeit gesucht. Dauernde Beschäftigung.

F. Müller, Tischlermeister, Grabow i. M.-Schw., Kirchenstr. 13.

Beizer und Polirer,

nur Prima-Arbeiter, für das ganze Jahr, sucht **Alters,** Hofmöbelfabrik, Darmstadt.

Stellmacher!

Ein tüchtiger, zuverlässiger **Stellmacher,** am liebsten verheiratet, für dauernde Beschäftigung verlangt.

F. Fischer, Schmiede u. Stellmacherei, Gröpelingen b. Bremen. [1,40]

10 tüchtige **Kreisraspeler, Schleifer** und **Polirer** auf Horngriffe werden bei dauernder Beschäftigung angenommen in der Stockfabrik **J. Kauffmann,** Wülhanen i. E.

Drechsler gegen hohen Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht von

Leonhard Geck, Wwe., Hamm i. W.

Einige tüchtige **Naturstoff-Arbeiter,** in Schirm- u. Spazierstöckenfirm, per sofort gesucht. **Otto Witte,** Arnshall-Arnstadt.

Geübte **Fachdrechsler** gesucht. **Deutsch-Niederl. Bürsten- u. Pinselabrik Heiming, Schulte & Co.,** S. m. b. H., Emmerich a. Rh.

Gesucht 2 **Korbmachergesellen** auf Gematt. **F. H. Bartels,** Lübeck, Wedergrube 43.

Suche sofort 2-3 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit bei gutem Lohn. **P. Wiesner,** Korbmachermeister, Schwanheim a. M., Quersstraße 25.

Korbmacher

auf Gefchlagen gesucht. **K. Meister,** Pomburg b. Frankfurt a. M.

Gesucht ein junger **Korbmacher** auf Gematt für dauernd. **Ludw. Behsen,** Trittau i. Holstein.

Ein tüchtiger **Korbmacher** auf Gefell und Gefchlagen per sofort gesucht. **H. Sohl,** Hannover.

Korbmachergeselle

auf Gefchlagen (Reißkörbe) kann dauernde Arbeit sofort erhalten. Hoher Lohn garantiert.

G. Krüger, Korbmacher, Ropenhagen, Amagerort 26.

Einem **Korbmachergehilfen** auf Gefchlagen u. Gefellarbeit sucht bei dauernder Beschäftigung **R. Schauerhammer,** Korbmacher, Schleiz (Musch. i. E.), Eifenstr. A 62.

Ein unberheirateter **Korbmacher,** welcher auf dauernde Stellung bedacht ist, wird gesucht. Offerten unter **188 K. M.,** postlagernd Halberstadt.

2 gute **Beizer** und **Zarichter** gesucht. **H. Schulze,** Bürstenfabrik, Zerbst (Anhalt).

Reisender,

der schon thätig war, von einer renommierten Lackfabrik gesucht zum Besuch von Tischlereien, Möbelfabriken, Pianofortefabriken u. in Berlin. Offerten an die Exp. d. Zig. unter „Lackfabrik“.

Tischler-Fachschule
Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister.

200 Stück gut, prächtvolle **Ematra-Zigarren,** mit langer Blätter-Ginlage, schmerweißem Brand, feinem Aroma, versch. für den billigen Preis von nur M. 5,20 ab hier, 500 Stück M. 13, franko. Versand gegen Nachnahme. Garantie: Zurücknahme.

Wilhelm Quincke, Neuenrade i. Westf.

Neue Werke!

Bautischlerlexikon. 30 Doppeltafeln, leicht ausführbare praktische Entwürfe für das ganze Gebiet der Bautischlerei. M. 13.

Der Möbelschleifer. IV. Abtheilung. 30 Tafeln Entwürfe im Maßstab 1:10 (Buntfarbendruck), inkl. Kalkulationen und Belehrung über korrekt zu machende Kostenanschläge. M. 12.

Elf Zimmereinrichtungen verschied. Stilarten, komplett, in **perspektivischer Anlage.** Gruppirung ganzer Zimmer mit Dekorierung dazu. Buntfarbendruck. Preis M. 12.

E. Rettelbusch,

früher Tischler, Zeichner und Werkführer.

Zeichenbureau

für Tischlerarbeiten (Skizzen und Werkstattdetails).

Nürnberg, Burgschmietstraße 19.

Fachschriften u. Lehrbücher

für Handwerker u. Gewerbetreibende. Kataloge gratis u. franko. **JOH. SACSENACH,** Buch- u. Verlags-Bureau.



Praktisches Unterrichtsbuch

für **Tischler, Bildhauer, Drechsler** u.

von **Ernst Zoose,**

städtischer Lehrer u. Lehrer a. d. Bundesfachschule zu Magdeburg.

Zweite bedeutend erweiterte u. verbesserte Auflage. Inhalt: Abth. 1. Die richtige Schreib- und Sprechweise. Abth. 2. Geschäftsbriefe u. Geschäftsaufträge. Abth. 3. Das Fachrechnen. Abth. 4. Die wichtigsten Hölzer. Abth. 5. Werkzeugkunde des Tischlers, Bildhauers, Drechslers u. Abth. 6. Das Kostenberechnen. Abth. 7. Die Buchführung. Abth. 8. Wechsellehre. Abth. 9. Gesetzeskunde. Anhang: Aus dem Einkommensteuergesetz.

Preis M. 3, eleg. gebunden M. 3,50. Zu beziehen durch die Expedition dieses Blattes.



Für nur 6 Mark,

keine 14 oder 16 Mark,

versende per Nachnahme eine sechsmanualige, große **Concert-Accord-Zither,** komplet mit Zubehör. Eine dreimanualige

M. 2,80. Versend direkt von der **Musik-Instrumenten-Fabrik**

Heinr. Suhr, Neuenrade 164 (Westf.).

Achtung! Tischler, Polirer u. Drechsler!

Granatpolitur. Sofort glashart und spiegelblank. Halbe Arbeit! Kein Aufpoliren!

„**Bratsch**“-Eichen-Wachsbeize in jedem Farbenton, raucht das Holz nicht auf, daher Schleifen überflüssig!

„**Bratsch**“-Lacke, Polituren, -Beizen, seit 1866 n. Angaben v. Fachgenossen hergestellt u. erprobt.

Präpariert in Berlin und Leipzig. Muster gratis! **C. Bratsch,** Lackfabrik, Reinickendorf-Berlin.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unter Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Dem größten Theile der heutigen Auflage liegt ein Prospekt von **Paul Horn, Fabrik chemischer Produkte, Hamburg,** bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Verlag: A. Bökke, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., Beide in Hamburg.